

# **Bericht über die Prüfung**

des Jahresabschlusses zum

**31. Dezember 2013**

und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2013

VORABZUG

**Gemeindebetrieb**

**Ostseebad Laboe**

Laboe

Dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön nicht vorgelegtes Berichtsexemplar
--

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Prüfungsauftrag</b>	<b>4</b>
<b>2. Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>5</b>
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	5
<b>3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</b>	<b>8</b>
<b>4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung</b>	<b>12</b>
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
4.1.2 Jahresabschluss	13
4.1.3 Lagebericht	14
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	15
4.3 Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
4.3.1 Vermögenslage	17
4.3.2 Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	23
4.3.3 Ertragslage	26
<b>5. Prüfungsfeststellungen nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie § 14 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz</b>	<b>32</b>
<b>6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes des Abschlussprüfers</b>	<b>33</b>

## Anlagenverzeichnis

- 1 Bilanz zum 31. Dezember 2013
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
- 3 Anhang
- 4 Lagebericht
- 5 Rechtliche Grundlagen
- 6 Technische und wirtschaftliche Grundlagen, Beteiligungen und Mitgliedschaften
- 7 Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
- 8 Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 13 Abs. 1 Nr.2 und 3 sowie § 14 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz
- 9 Wirtschaftsplan 2013 Soll-Ist Vergleich
- 10 Erfolgsübersicht 2013
- 11 Allgemeine Auftragsbedingungen

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

## **1. Prüfungsauftrag**

- 1 Mit Vertrag vom 28. November 2013 beauftragte uns die Landrätin des Kreises Plön – Gemeindeprüfungsamt –, im Auftrage und für Rechnung der Gemeinde Ostseebad Laboe, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 des Eigenbetriebes

### **Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe,**

#### **Laboe**

(nachstehend auch "Eigenbetrieb" genannt)

zu prüfen. Wir haben den Prüfungsauftrag mit Schreiben vom 4. Dezember 2013 angenommen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) des Landes Schleswig-Holstein aufgestellt und ist ergänzt um einen Lagebericht.

Für die Durchführung der Prüfung finden das Kommunalprüfungsgesetz (KPG) des Landes Schleswig-Holstein und die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe (AV-Jap) Anwendung.

- 2 Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den folgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstellt wurde. Die beigefügten Anlagen sind in einem Verzeichnis zusammengestellt.
- 3 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben. Darüber hinaus haben wir eine Unabhängigkeitserklärung entsprechend dem Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben.
- 4 Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit gelten die AV-Jap. Darüber hinaus sind, soweit sich aus den gesetzlichen Bestimmungen für die Jahresabschlussprüfung nach dem KPG und den AV-Jap nichts anderes ergibt, – auch im Verhältnis zu Dritten – die als Anlage 11 beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2002 vereinbart.

## 2. Grundsätzliche Feststellungen

### 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

- 5 Gemäß § 14 Abs. 2 KPG i. V. m. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Darstellung der Lage des Eigenbetriebes im Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebes unter Berücksichtigung des Lageberichtes ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.
- 6 Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:
- ◆ Marktrisiken für den Betrieb ergeben sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sowie Veränderungen im Reise- und Buchungsverhalten der Konsumenten. Daneben unterliegt die Ostseeküste in vielen Urlaubsgebieten einem Modernisierungsumbruch, bei dem der Eigenbetrieb in Laboe nachziehen muss. Der Betriebsteil Tourismus ist daneben stark abhängig vom Wetter. Ein weiteres Risiko birgt die Verwaltung des Gemeindebetriebes. Die Bewältigung des hohen Arbeitsaufkommens in der Verwaltung muss in Zukunft sichergestellt werden. Daher ist es ein erklärtes Ziel, die Ablauforganisation des Gesamtbetriebes zukünftig so zu organisieren, dass zeitnah eine Abbildung des betrieblichen Geschehens an die Werkleitung gegeben werden kann. Er werden diesbezüglich innerbetrieblich diverse Handlungsansätze verfolgt.
  - ◆ Im Betriebsteil Tourismus weisen die Gästezahlen des Jahres 2013 eine divergierende Tendenz auf. Die Zahl der Gäste stieg im Vergleich zum Jahr 2012 um 7,7 % an. Demgegenüber lag die Anzahl der Übernachtungen etwa 1,1 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste ist daher insgesamt auf 5,3 Tage zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang von 6,6 % im Vergleich zu 2012. Insgesamt ist das Geschäftsjahr besser als geplant verlaufen. Dem geplanten Verlust von TEUR -68 steht ein tatsächliches Ergebnis von TEUR -41 gegenüber. Diese deutliche Verbesserung ist besonders auf die Strandkur- sowie die Fremdenverkehrsabgabe zurückzuführen.
  - ◆ Der Erfolgsplan 2013 sah für den Hafen einen Verlust in Höhe von TEUR -27 vor. Das tatsächliche erwirtschaftete Ergebnis lag mit TEUR -58 deutlich über dem Plan. Diese deutliche Überschreitung ist im Wesentlichen auf die mit der Erneuerung der Steganlage verbundenen Abbruchkosten zurückzuführen.

- ◆ Für die Meerwasserschwimmhalle wurde in der Erfolgsrechnung 2013 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 534 gerechnet. Aufgrund der Auflösung einer Rückstellung in Höhe von TEUR 30 wird im Ergebnis jedoch nur ein Verlust von TEUR 521 ausgewiesen. Im September 2014 wird durch eine Bürgerentscheid über die Zukunft der Meerwasserschwimmhalle entschieden. Während die Initiatoren des Bürgerbegehrens einen Weiterbetrieb der Schwimmhalle erreichen möchten, hat die Gemeindevertretung mehrheitlich bekundet, den Betrieb der Schwimmhalle einzustellen.
- ◆ Für den Betriebsteil Bauhof wurde mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 8 geplant. Tatsächlich liegt das Ergebnis in 2013 mit TEUR -2 deutlich über dem Plan. Dieser Verlust ist unter anderem darin begründet, dass der Aufwand für die Pflege und Unterhaltung des Maschinenparkes höher ausfiel als geplant.

7 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

## 2.2 Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Grundlagen

- 8 Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Mehrwasserschwimmhalle mit allen Aktiva und Passiva in den Eigenbetrieb der Gemeinde Ostseebad Laboe eingegliedert. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Förde Sparkasse für den ehemaligen Betreiber der Saunalandschaft in Höhe von insgesamt TEUR 360 übernommen. Für die drohende Inanspruchnahme einschließlich eventueller Nebenkosten wurde zum Zeitpunkt der Eingliederung der Schwimmhalle in 2010 eine Rückstellung in Höhe von TEUR 380 gebildet. Gleichzeitig wurde zur Klärung, ob die Förde Sparkasse berechnigte Ansprüche aus der Bürgschaft herleiten kann, der Klageweg beschritten. Ein in 2013 ergangenes Urteil hat nunmehr die Ansprüche bekräftigt. Aufgrund der geringen Erfolgsaussichten hat der Eigenbetrieb auf die Einlegung einer Revision verzichtet. Danach wird der Eigenbetrieb zur Zahlung des verbürgten Betrages von TEUR 360 verpflichtet. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde dieser Betrag daher aus den Rückstellungen in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert. Die restliche Rückstellung in Höhe von TEUR 20 wurde ergebniswirksam aufgelöst. Die Zahlung des verbürgten Betrages in Höhe von TEUR 360 erfolgte Ende 2013.

Im Übrigen werden die rechtlichen und die wirtschaftlichen Grundlagen in der Anlage 5 dargestellt.

### 3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

9 Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen der Eigenbetriebssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Darüber hinaus haben wir die Feststellungen nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie § 14 Abs. 2 KPG, die den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG entsprechen, zu treffen.

10 Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach haben wir die Prüfung problemorientiert — jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung — so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Auftragsgemäß beachten wir auch das KPG und die AV-Jap. Bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir die veröffentlichten "Grundsätze für die Prüfungen von Unternehmen nach § 53 HGrG" entsprechend angewendet. Hierbei haben wir den vom IDW veröffentlichten Prüfungsstandard "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet; er ist diesem Bericht als Anlage 8 beigelegt.

Feststellungen unter anderen Gesichtspunkten — insbesondere im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie auf etwaige Unredlichkeiten im Geld-, Waren- oder sonstigen Geschäftsverkehr — waren nicht Gegenstand unseres Auftrages. Wir haben bei unserer Prüfung keine Anhaltspunkte für derartige Unredlichkeiten gefunden.

Eine Überprüfung von Art und Umfang des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrags zur Jahresabschlussprüfung.

11 Wir haben unsere Prüfung im Juli 2013 in den Geschäftsräumen der Gemeinde Laboe und in unserem Büro durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichtes.

12 Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 12. Februar 2014 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2012. Der Landrat des Kreises Plön – Gemeindeprüfungsamt – hat keine weiteren Feststellungen getroffen. Der Jahresabschluss wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 26. Februar 2014 unverändert festgestellt. Die Veröffentlichung erfolgte im "Probsteier Herold".

Als Prüfungsunterlagen dienten uns ferner die Buchhaltungsunterlagen, Belege sowie das gesamte Akten- und Schriftgut des Eigenbetriebes.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Werkleitung und den uns zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

13 Ergänzend hierzu hat uns die Werkleitung in der berufsblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchhaltung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich der erwarteten Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 23 EigVO i. V. m. § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

14 Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Eigenbetriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zu Grunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus dem Vorjahresabschluss, aus Gesprächen mit der Werkleitung und den Mitarbeitern des Eigenbetriebes sowie aus Branchenberichten und der einschlägigen Fachpresse bekannt.

15 Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- ◆ Vergabepfung,
- ◆ Entwicklung und Bewertung des Anlagevermögens,
- ◆ Vollständigkeit und Bewertung der sonstigen Rückstellungen,
- ◆ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
- ◆ Lagebericht.

Ausgehend von einer Beurteilung des internen Kontrollsystems haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden in bewusster Auswahl so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

16 Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten des Eigenbetriebes lagen uns Saldenbestätigungen vor.

Die Bestandsnachweise für die Anlagegegenstände erfolgten durch Grundbuchauszüge, Gesellschaftsverträge und Handelsregisterauszüge sowie durch ein ordnungsgemäß geführtes Anlagenverzeichnis. Die Zugänge des Berichtsjahres sind durch Eingangsrechnungen und Kaufverträge belegt.

- 17 Die Bestände des Vorratsvermögens wurden durch eine körperliche Inventur zum 31. Dezember 2013 ermittelt. An der Inventur haben wir aufgrund der geringen Bestände nicht teilgenommen.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind durch Saldenlisten nachgewiesen.

Die Nachweise der übrigen Vermögens- und Schuldposten erfolgten durch Bücher, Schriften, Verträge sowie sonstige Unterlagen und Belege.

VORABZUG

## **4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

18 Im Berichtszeitraum wurde die Buchführung des Eigenbetriebes auf einer eigenen EDV-Anlage unter Anwendung des Programms KHK Sage Office Line erstellt. Das Programm umfasst neben der Finanzbuchhaltung auch die Debitoren-, Kreditoren- und Anlagenbuchhaltung.

Aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen Werkleitung und Buchführung ist ein ständiger Informationsaustausch sichergestellt, so dass die Werkleitung stetig über die wirtschaftliche Situation des Eigenbetriebes informiert ist. Es erfolgt ein regelmäßiges Mahnwesen auf Grundlage von Offene-Posten-Listen.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

19 Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige und gesonderte Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet.

20 Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Eigenbetriebes angemessen.

21 Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen einschließlich des Belegwesens des Eigenbetriebes entsprechen damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

#### 4.1.2 Jahresabschluss

- 22 Nach § 14 Abs. 2 KPG i. V. m. § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB haben wir darzustellen, dass der von uns geprüfte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht.
- 23 Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Schleswig-Holstein vom 15. August 2007 aufgestellt. Dabei finden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften Anwendung.  
Weitergehende oder ergänzende Vorschriften für den Jahresabschluss bestehen nach unseren Feststellungen und den uns erteilten Auskünften weder nach der Satzung noch nach den Beschlüssen des Trägers.
- 24 Ausgehend von dem von uns geprüften Vorjahresabschluss ist der Jahresabschluss aus den Zahlen der Buchführung und den Inventarverzeichnissen richtig entwickelt worden. Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden beachtet. Für die Aktiv- und Passivposten liegen ausreichende Nachweise vor.  
Im Anhang sind nach unseren Feststellungen alle nach den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben richtig und vollständig enthalten. Von der Befreiung der Angabe der Bezüge der Leitung des Eigenbetriebes wurde zulässigerweise Gebrauch gemacht.

### 4.1.3 Lagebericht

25 Der Lagebericht entspricht nach unseren Feststellungen den Vorschriften der § 23 EigVO. Insbesondere enthält er eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende, Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Eigenbetriebes. Er steht mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung werden unter Angabe der zu Grunde liegenden Annahmen beurteilt und erläutert.

Der Lagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens.

VORABZUG

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

- 26 Zu den wesentlichen bewertungserheblichen Posten des Jahresabschlusses bemerken wir:
- ◆ Die Bewertung des Anlagevermögens, das 85,7 % der Bilanzsumme ausmacht, erfolgt zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der nutzungsbedingten Abschreibungen.
  - ◆ Dabei wird insgesamt eine nachhaltige Nutzung für die kommunalen Zwecke bzw. für Zwecke der jeweiligen Betriebsteile, verbunden mit einer laufenden Deckung der Fehlbeträge durch die Gemeinde Laboe, unterstellt. Insoweit waren Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert nicht erforderlich.
  - ◆ Die für die Errichtung und für die Umbaumaßnahmen der Meerwasserschwimmhalle erhaltenen Zuschüsse wurden gemäß § 20 EigVO einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Eine Auflösung wurde nicht vorgenommen.
  - ◆ Die allgemeine Rücklage enthält das im Rahmen der Eingliederung der Meerwasserschwimmhalle und des Bauhofes dem Eigenbetrieb zugeführte Eigenkapital.
  - ◆ Die sonstigen für Investitionsmaßnahmen erhaltenen Zuschüsse wurden direkt von den jeweiligen Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagegegenstände abgesetzt (Nettoausweis). Im Geschäftsjahr 2013 wurden Zuschüsse in Höhe von TEUR 300 von den Investitionskosten abgesetzt.
- 27 Im Rahmen der Bilanzpolitik wurden von dem Eigenbetrieb keine weiteren Gestaltungsmaßnahmen vorgenommen. Die Bilanzierungsgrundlagen sowie die Ausübung der Ansatz- und Bewertungswahlrechte haben sich im Prüfungszeitraum nicht geändert.
- 28 Im Übrigen verweisen wir auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in der Anlage 7 und auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im nun folgenden Abschnitt 4.3.

- 29 Unsere Prüfung hat ergeben, dass § 264 Abs. 2 HGB beachtet wurde und der Abschluss insgesamt, d.h. im Zusammenwirken von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt; zusätzliche Angaben im Anhang sind insoweit nicht erforderlich.

VORABZUG

### **4.3 Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

#### **4.3.1 Vermögenslage**

30 In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2013 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenüber gestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem lang- und mittelfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- und Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach lang- und mittelfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Eine weitergehende Aufgliederung und Darstellung der Beträge ergibt sich aus Anlage 7.

VORABZUG

VERMÖGENSSTRUKTUR	Stand 31.12.2013		Stand 31.12.2012		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
<b>Lang-/ mittelfristig gebundenes Vermögen</b>					
<b>Anlagevermögen</b>					
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	0,2	6	0,1	5
Sachanlagen					
- Grundstücke und Bauten	3.367	72,8	3.333	74,4	34
- Bauten auf fremden Grundstücken	41	0,9	56	1,3	-15
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	323	7,0	319	7,1	4
- Anlagen in Bau	221	4,8	189	4,2	32
Finanzanlagen	1	0,0	1	0,0	0
	<u>3.964</u>	<u>85,7</u>	<u>3.905</u>	<u>87,2</u>	<u>59</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>					
<b>Umlaufvermögen</b>					
Vorräte	11	0,2	19	0,4	-8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	35	0,7	68	1,5	-34
- Sonstige Vermögensgegenstände	426	9,2	60	1,3	366
Liquide Mittel	189	4,1	424	9,5	-235
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1	0,0	1	0,0	0
	<u>662</u>	<u>14,3</u>	<u>572</u>	<u>12,8</u>	<u>90</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
<b>Gesamtvermögen</b>	<u><b>4.626</b></u>	<u><b>100,0</b></u>	<u><b>4.477</b></u>	<u><b>100,0</b></u>	<u><b>149</b></u>
	=====	=====	=====	=====	=====

	Stand 31.12.2013		Stand 31.12.2012		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
<b>KAPITALSTRUKTUR</b>					
<b>Lang-/mittelfristig verfügbares Kapital</b>					
<b>Eigenkapital</b>					
Stammkapital	1.000	21,6	1.000	22,3	0
Rücklagen					
- Gesetzliche Rücklage	605	13,1	605	13,5	0
- Zweckgebundene Rücklage	389	8,4	389	8,7	0
Jahresergebnis	-622	-13,4	-622	-13,9	1
	<u>1.373</u>	<u>29,7</u>	<u>1.372</u>	<u>30,7</u>	<u>1</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
<b>Fremdkapital</b>					
<b>Verbindlichkeiten</b>					
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.516	54,4	2.025	45,2	491
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	75	1,6	82	1,8	-7
	<u>2.591</u>	<u>56,0</u>	<u>2.107</u>	<u>47,1</u>	<u>484</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
	<u>3.964</u>	<u>85,7</u>	<u>3.479</u>	<u>77,7</u>	<u>485</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
<b>Kurzfristig verfügbares Kapital</b>					
<b>Fremdkapital</b>					
<b>Rückstellungen</b>	74	1,6	120	2,7	-46
<b>Verbindlichkeiten</b>					
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	266	5,7	179	4,0	87
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	209	4,5	183	4,1	26
- Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	66	1,4	52	1,2	14
- Sonstige Verbindlichkeiten	37	0,8	403	9,0	-367
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	12	0,3	61	1,4	-50
	<u>663</u>	<u>14,3</u>	<u>998</u>	<u>22,3</u>	<u>-335</u>
	-----	-----	-----	-----	-----
<b>Gesamtkapital</b>	<u><u>4.626</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>4.477</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>149</u></u>

- 31 Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 149 oder 3,3 % erhöht. Ursächlich hierfür ist auf der Aktivseite im Wesentlichen der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände aufgrund des Zuschusses des Landes Schleswig-Holstein zur Hafenumfeldgestaltung. Der Rückgang der liquiden Mittel steht im Zusammenhang mit der planmäßigen Tilgung von Bankdarlehen sowie der Hafenumfeldgestaltung und dem Stegneubau. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Berichtsjahr unter anderem aufgrund von Darlehensaufnahmen für die Stegerneuerung und den Rosengarten erhöht. Die Zahlung, die aus der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft für die Sauna resultierte, wurde Ende 2013 geleistet. Dies führte zu einem Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten.
- 32 Die Vermögenslage erläutern wir anhand von Strukturdaten und Kennzahlen.

	2013	2012	Veränderung
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur</b>			
- <b>Anlagenintensität in %</b>	85,7	87,2	-1,5
$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$			
- <b>Eigenkapitalanteil in %</b>	29,7	30,7	-1,0
$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$			
- <b>Verschuldungsgrad in %</b>	237,0	226,2	10,7
$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$			

	2013	2012	Veränderung
<b>Finanz- und Liquiditätsstruktur</b>			
- <b>Anlagendeckung I in %</b>	34,6	35,1	-0,5
$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$			
- <b>Anlagendeckung II in %</b>	100,0	89,1	10,9
$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$			
- <b>Liquidität 1. Grades in TEUR</b>	-473	-574	101
(Flüssige Mittel ./ . Kurzfristiges Fremdkapital)			
- <b>Liquidität 1. Grades in %</b>	28,6	42,5	-13,9
$\frac{\text{Flüssige Mittel} \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$			
- <b>Liquidität 2. Grades in %</b>	98,1	55,3	42,7
$\frac{(\text{Flüssige Mittel} + \text{Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände}) \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$			
- <b>Liquidität 3. Grades in %</b>	99,8	57,3	42,5
$\frac{(\text{Flüssige Mittel} + \text{Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Vorräte}) \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$			

Die Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage verdeutlichen, dass die Bilanz geprägt ist vom Anlagevermögen, welches zu 100,0 % durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert wird.

Der Verschuldungsgrad hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig erhöht. Der angestiegene Verschuldungsgrad resultiert aus einem geringeren Jahresfehlbetrag und dem damit einhergehenden leicht rückläufigen Eigenkapital sowie dem Anstieg des Fremdkapitals. Ursächlich für den Anstieg des Fremdkapitals sind die im Geschäftsjahr gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes sowie die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten sind nachhaltig durch die Verlustausgleichsverpflichtung der Gemeinde gesichert.

VORABZUG

#### 4.3.2 Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

- 33 Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens lässt sich anhand einer Kapitalflussrechnung darstellen. Sie gibt Auskunft darüber, wie das Unternehmen finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche liquiditätsmäßigen Auswirkungen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen im Berichtsjahr gehabt haben.
- 34 Ausgangspunkt der Kapitalflussrechnung ist der so genannte Finanzmittelfonds, der sich wie folgt zusammensetzt:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Guthaben bei Kreditinstituten	183	411	-229
Kassenbestand, Schecks und unterwegs befindliche Gelder	7	13	-6
kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-100	-31	69
	<u>89</u>	<u>393</u>	<u>-304</u>

Die Veränderung des Finanzmittelfonds wird in der Kapitalflussrechnung dargestellt:

	<b>2013</b>		<b>2012</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>A. Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>			
1. Jahresfehlbetrag		-622	-622
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens		318	302
3. Veränderungen der Rückstellungen		-46	-352
4. Gewinne (-) / Verluste (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		50	0
5. Veränderungen im Umlaufvermögen			
- Vorräte	8		10
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	34		-29
- Sonstige Aktiva	<u>-366</u>	-324	-22
6. Veränderung der laufenden Verbindlichkeiten			
- aus Lieferungen und Leistungen	26		112
- gegenüber der Gemeinde	14		-91
- Sonstige Passiva	<u>-423</u>	<u>-383</u>	<u>332</u>
		<u>-1.007</u>	<u>-360</u>
<b>B. Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</b>			
1. Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen	300		114
2. Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen (Anlagenzugänge)	<u>-727</u>		<u>-231</u>
		<u>-427</u>	<u>-117</u>
<b>C. Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>			
1. Zahlungseingänge aus Kreditverurteilung	1.024		0
2. Einzahlung in die gesetzliche Rücklage	0		6
3. Verlustausgleich durch die Gemeinde	622		509
4. Tilgung von Bankdarlehen	<u>-515</u>		<u>-121</u>
		<u>1.131</u>	<u>394</u>
<b>Liquiditätsveränderung</b>		-304	-83
<b>Finanzmittelbestand zu Beginn der Periode</b>		393	477
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>		<u>89</u>	<u>393</u>

35 Aus der **laufenden Geschäftstätigkeit** resultiert bei einem Jahresfehlbetrag für 2013 von TEUR 622 ein Mittelabfluss von TEUR -1.007.

Den Auszahlungen für Investitionen (TEUR 727) standen Zuschüsse (TEUR 300) gegenüber, so dass die Investitionstätigkeit zu einem Liquiditätsabfluss von TEUR 427 geführt hat.

Die Tilgung der Bankdarlehen enthält mit TEUR 300 eine Umschuldung, die sich in gleicher Höhe in den Zahlungseingängen aus Kreditvalutierung niederschlägt.

Insgesamt ergab sich im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der von der Gemeinde geleisteten Zahlungen zur Verlustabdeckung sowie den Tilgungszahlungen ein Liquiditätsabfluss von TEUR 304.

36 Die **Zahlungsfähigkeit** der Gesellschaft war nach unseren Feststellungen und den uns erteilten Auskünften im Berichtsjahr und bis zum Abschluss unserer Prüfung jederzeit gegeben.

VORABZUG

### 4.3.3 Ertragslage

37 Die Ertragslage erläutern wir anhand der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zusammengefassten Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung, denen wir die entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt haben. Eine detaillierte Aufgliederung der Beträge nach Betriebsteilen ergibt sich aus Anlage 10.

#### a) Gesamtbetrieb:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.464	85,6	1.384	87,5	79	5,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1	0,1	1	0,1	0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	245	14,3	196	12,4	49	25,0
<b>Betriebliche Erträge</b>	<u>1.710</u>	<u>100,0</u>	<u>1.581</u>	<u>100,0</u>	<u>129</u>	<u>8,2</u>
Materialaufwand	363	21,2	362	22,9	1	0,3
Personalaufwand	1.034	60,5	988	62,5	47	4,8
Abschreibungen	318	18,6	302	19,1	16	5,3
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonstige Steuern)	516	30,2	442	28,0	74	16,7
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<u>2.231</u>	<u>130,5</u>	<u>2.093</u>	<u>132,4</u>	<u>138</u>	<u>6,6</u>
<b>Betriebsergebnis</b>	-521	-30,5	-512	-32,4	-9	1,8
Finanzergebnis	-100	-5,8	-110	-7,0	10	-9,1
<b>Jahresergebnis</b>	<u>-622</u>	<u>-36,4</u>	<u>-622</u>	<u>-39,3</u>	<u>1</u>	<u>-0,2</u>

## b) Tourismusbetrieb:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	425	69,4	391	70,6	34	6,1
Sonstige betriebliche Erträge	186	30,4	163	29,4	24	14,7
<b>Betriebliche Erträge</b>	<u>612</u>	<u>100,0</u>	<u>554</u>	<u>100,0</u>	<u>58</u>	<u>10,5</u>
	---	----	---	----	--	
Materialaufwand	239	39,1	227	41,0	12	5,3
Personalaufwand	188	30,7	191	34,5	-3	-1,6
Abschreibungen	40	6,5	44	7,9	-5	-11,4
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonstige Steuern)	189	30,9	166	30,0	22	13,3
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<u>655</u>	<u>107,0</u>	<u>628</u>	<u>113,4</u>	<u>27</u>	<u>4,3</u>
	==	=====	==	=====	==	
<b>Betriebsergebnis</b>	-43	-7,0	-75	-13,5	31	-41,3
Finanzergebnis	2	0,3	6	1,1	-4	-66,7
<b>Jahresergebnis</b>	<u>-41</u>	<u>-6,7</u>	<u>-68</u>	<u>-12,3</u>	<u>27</u>	<u>-39,7</u>
	==	=====	==	=====	==	

## c) Hafen:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	446	95,5	442	97,8	3	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	21	4,5	9	2,0	12	133,3
<b>Betriebliche Erträge</b>	<u>467</u>	<u>100,0</u>	<u>452</u>	<u>100,0</u>	<u>15</u>	<u>3,3</u>
	---	----	---	----	---	
Materialaufwand	67	14,3	71	15,7	-4	-5,6
Personalaufwand	88	18,8	77	17,0	11	14,3
Abschreibungen	160	34,3	141	31,2	19	13,5
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonstige Steuern)	137	29,3	93	20,6	44	47,3
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<u>451</u>	<u>96,6</u>	<u>381</u>	<u>84,3</u>	<u>70</u>	<u>18,4</u>
	==	=====	==	=====	==	
<b>Betriebsergebnis</b>	15	3,2	71	15,7	-55	-77,5
Finanzergebnis	-73	-15,6	-79	-17,5	6	-7,6
<b>Jahresergebnis</b>	<u>-58</u>	<u>-12,4</u>	<u>-8</u>	<u>-1,8</u>	<u>-49</u>	<u>o.A.</u>
	==	=====	==	=====	==	

#### d) Meerwasserschwimmhalle:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	288	88,6	293	93,3	-5	-1,6
Sonstige betriebliche Erträge	37	11,4	21	6,7	16	76,2
<b>Betriebliche Erträge</b>	<u>325</u>	<u>100,0</u>	<u>314</u>	<u>100,0</u>	<u>10</u>	<u>3,2</u>
Materialaufwand	240	73,8	252	80,3	-13	-5,2
Personalaufwand	368	113,2	345	109,9	23	6,7
Abschreibungen	92	28,3	92	29,3	0	0,0
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonstige Steuern)	119	36,6	136	43,3	-17	-12,5
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<u>819</u>	<u>252,0</u>	<u>825</u>	<u>262,7</u>	<u>-6</u>	<u>-0,7</u>
<b>Betriebsergebnis</b>	-494	-152,0	-511	-162,7	17	-3,3
Finanzergebnis	-27	-8,3	-34	-10,8	7	-20,6
<b>Jahresergebnis</b>	<u>-521</u>	<u>-160,3</u>	<u>-544</u>	<u>-173,2</u>	<u>23</u>	<u>-4,2</u>

#### e) Bauhof:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	515	100,0	470	99,4	44	9,3
Sonstige betriebliche Erträge	1	0,2	3	0,6	-2	-66,7
<b>Betriebliche Erträge</b>	<u>515</u>	<u>100,0</u>	<u>473</u>	<u>100,0</u>	<u>42</u>	<u>8,9</u>
Materialaufwand	24	4,7	22	4,7	2	9,1
Personalaufwand	391	75,9	375	79,3	16	4,3
Abschreibungen	27	5,2	25	5,3	2	8,0
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonstige Steuern)	73	14,2	48	10,1	25	52,1
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<u>515</u>	<u>100,0</u>	<u>470</u>	<u>99,4</u>	<u>44</u>	<u>9,4</u>
<b>Betriebsergebnis</b>	1	0,2	3	0,6	-2	-66,7
Finanzergebnis	-3	-0,6	-4	-0,8	1	-25,0
<b>Jahresergebnis</b>	<u>-2</u>	<u>-0,4</u>	<u>-1</u>	<u>-0,2</u>	<u>-1</u>	<u>100,0</u>

Im Folgenden erläutern wir die Ertragslage des Gesamtbetriebes.

- 38 Bezüglich der Zusammensetzung **Umsatzerlöse** verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang und Lagebericht sowie unsere Ausführungen in der Anlage 7.

Die **Umsatzerlöse** fielen im Berichtsjahr mit TEUR 1.461 um insgesamt TEUR 79 höher aus als im Vorjahr. Beim **Tourismusbetrieb** konnten Mehreinnahmen im Bereich der Strandkur- und Fremdenverkehrsabgabe erzielt werden, während die Kurabgabe leicht rückläufig war.

Im **Hafenbetrieb** konnten die Einnahmen für die Tages- und Dauerlieger im Sommer und Winter gesteigert werden.

Die Eintrittsgelder haben sich unter anderem aufgrund des hoheitlichen Schulschwimmens in der **Meerwasserschwimmhalle** um TEUR 5 erhöht. Die Erlöse für Schwimmunterricht und Aquajogging sind hingegen im Berichtsjahr zurückgegangen. Insgesamt waren die Umsätze jedoch im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 3 rückläufig.

Ursächlich für den Anstieg der Umsatzerlöse beim **Bauhof** sind die erhöhten Stundensätze für die gegenüber anderen Verwaltungseinheiten erbrachten Leistungen.

39 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** umfassen folgende Positionen:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	TEUR	TEUR
- Kostenerstattungen der Gemeinde	166	160
- Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1	3
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	40	21
- Übrige	38	12
	<u>245</u>	<u>196</u>
	<u><u>245</u></u>	<u><u>196</u></u>

Die Kostenerstattungen der Gemeinde betreffen mit TEUR 169 (Vorjahr TEUR 162) die Entschädigung für die Nutzung der Infrastruktur des Tourismusbetriebes durch Einheimische.

40 Die **Betriebsaufwendungen** sind im Berichtsjahr um TEUR 138 oder 6,6 % gestiegen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten im Wesentlichen Fremdarbeiten (TEUR 61), Instandhaltungsaufwendungen (TEUR 83), Verwaltungskostenbeiträge (TEUR 92), Rechts- und Beratungskosten (TEUR 18) und Werbekosten (TEUR 36).

Die Dienstleistungen für Veranstaltungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 7 rückläufig.

41 Das **Betriebsergebnis** hat sich insgesamt im Berichtsjahr um TEUR 9 auf TEUR -521 verschlechtert.

42 Im **Finanzergebnis** sind zusammengefasst:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>Veränderung</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	3	-2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	102	113	-12
	<u>-100</u>	<u>-110</u>	<u>10</u>
	<u><u>-100</u></u>	<u><u>-110</u></u>	<u><u>10</u></u>

43 Das **Jahresergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>Laut GuV</u>		<u>Laut</u>
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Wirtschaftsplan</u>
	TEUR	TEUR	2013
			TEUR
- Tourismusbetrieb	-41	-68	-68
- Hafen	-58	-8	-27
- Meerwasserschwimmhalle	-521	-544	-534
- Bauhof	-2	-1	8
	<u>-622</u>	<u>-622</u>	<u>-621</u>
	<u><u>-622</u></u>	<u><u>-622</u></u>	<u><u>-621</u></u>

44 Insgesamt hat sich der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1 verringert und fällt damit nur um TEUR 1 höher aus als geplant. Der Eigenbetrieb bleibt damit fast in dem von der Gemeinde Ostseebad Laboe vorgegebenen Kostenrahmen.

Es bleibt erneut festzuhalten, dass die Betriebsteile Tourismus und Schwimmbad den entstehenden Aufwand mit den erhobenen Entgelten und Gebühren bzw. Kostenerstattungen für die Nutzung der Infrastruktur durch Einheimische nicht decken können. Darüberhinaus werden die umfangreichen Investitionen im Hafenumfeld zu einer weiteren Belastung der Ergebnisse führen. Deshalb muss auch zukünftig mit hohen Fehlbeträgen gerechnet werden. Da es sich bei den Verlusten überwiegend um strukturelle Defizite handelt, die eng mit den auf die Betriebsteile ausgelagerten Aufgaben verbunden sind, wird die Gemeinde auch zukünftig für den Ausgleich der Verluste herangezogen werden.

In Bezug auf die Zukunft der Meerwasserschwimmhalle bleibt der für den 21. September angesetzte Bürgerentscheid abzuwarten. Während die Initiatoren des Bürgerbegehrens den Erhalt der Schwimmbad erreichen möchten, hat die Gemeindevertretung bereits bekundet, den Betrieb der Schwimmbad nicht weiter fortzusetzen.

## **5. Prüfungsfeststellungen nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie § 14 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz**

45 Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie § 14 Abs. 2 KPG, die den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG entsprechen, und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) berücksichtigt. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der Eigenbetriebsatzung, geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in der Anlage 8 zusammengestellt. Unsere Prüfung hat keine an dieser Stelle hervorzuhebenden Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Ein Wirtschaftsplan 2013 mit einem Soll-Ist-Vergleich ist als Anlage 9 dem Bericht beigelegt.

Wir haben im Berichtsjahr auftragsgemäß eine Vergabeprüfung durchgeführt, die die Attraktivitätssteigerung des Hafenumfeldes und des Rosengartens zum Gegenstand hatte. Diese hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Ferner haben wir ein besonderes Augenmerk auf die Abbildung der Geschäftsbeziehungen zur Gemeinde Laboe gelegt. Die Ergebnisse unserer Prüfung haben wir in der Anlage 8 zusammengefasst.

Aufgrund der in 2013 stattgefundenen Wechsel im Bereich des Bürgermeisteramtes bzw. der Werkleitung war es vor dem Hintergrund von Personalengpässen bisher nicht möglich, die geplante Umsetzung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und einer aktiven Steuerung von Risiken einzuleiten und entsprechende Werkzeuge zu implementieren.

Eine Umsetzung von Maßnahmen, die zu einer Optimierung und Vereinfachung der Prozesse in der Verwaltung führen, so dass notwendige Kapazitäten zur Risikofrüherkennung freigesetzt werden, ist für das Jahr 2014 avisiert. Darüberhinaus wird der Eigenbetrieb durch die Einstellung eines Assistenten der Werkleitung auch personell verstärkt.

## 6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes des Abschlussprüfers

46 Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe, Laboe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG Schleswig-Holstein wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und nach den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG Schleswig-Holstein unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 des Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Kiel, 8. August 2014

**VORABZUG**  
wetreu NTRG  
Norddeutsche Treuhand- und  
Revisions-Gesellschaft mbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Rainer Dröse-Seidler  
Wirtschaftsprüfer

Hartmut Kaack  
Wirtschaftsprüfer

VORABZUG

**Bilanz**  
**zum 31. Dezember 2013**

Anlage 1

**BILANZ**

zum 31. Dezember 2013

Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe

Laboe

## AKTIVA

## PASSIVA

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			<b>A. EIGENKAPITAL</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			<b>I. Stammkapital</b>	1.000.000,00	1.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.568,00	983,00	<b>II. Rücklagen</b>		
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	5.064,50	1. Allgemeine Rücklage	605.340,06	605.340,06
	<u>10.568,00</u>	<u>6.047,50</u>	2. Zweckgebundene Rücklage	389.307,23	389.307,23
				<u>994.647,29</u>	<u>994.647,29</u>
<b>II. Sachanlagen</b>			<b>III. Jahresfehlbetrag</b>	-621.757,92	-622.367,24
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	3.367.105,63	3.332.929,63	<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>		
2. Bauten auf fremden Grundstücken	41.107,81	56.426,81	Sonstige Rückstellungen	73.800,00	120.062,50
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	323.190,54	319.362,54	<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	220.752,72	188.542,31	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.781.545,96	2.203.522,27
	<u>3.952.156,70</u>	<u>3.897.261,29</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	208.661,02	182.564,91
<b>III. Finanzanlagen</b>			3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	65.914,05	51.825,25
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.444,57	1.444,57	4. Sonstige Verbindlichkeiten	36.901,67	403.473,65
				<u>3.093.022,70</u>	<u>2.841.386,08</u>
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	86.567,19	143.248,01
<b>I. Vorräte</b>					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.304,79	19.394,48			
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	34.523,38	68.083,25			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	425.981,73	60.152,90			
	<u>460.505,11</u>	<u>128.236,15</u>			
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	189.291,20	423.985,54			
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	1.008,89	607,11			
	<u>4.626.279,26</u>	<u>4.476.976,64</u>		<u>4.626.279,26</u>	<u>4.476.976,64</u>
	<u><u>4.626.279,26</u></u>	<u><u>4.476.976,64</u></u>		<u><u>4.626.279,26</u></u>	<u><u>4.476.976,64</u></u>

VORABZUG

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis  
31. Dezember 2013**

Anlage 2



VORABZUG

Anhang

Anlage 3

## Anhang 2013 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe

### I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes "Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe", Laboe für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Vorschriften der Landesverordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden vom 15. August 2007 (EigVO) und der dazu ergangenen Ausführungsanweisung aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

#### 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 (1) Nr. 2 HGB).

Die Gliederungen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises erfolgten nach den Formblättern des § 20 ff. EigVO.

Die Bilanzposten wurden wie folgt bilanziert und bewertet:

immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibung und abzüglich Sonderabschreibung nach dem Zonenrandförderungsgesetz in den Vorjahren; Poolabschreibung Geringwertiger Wirtschaftsgüter aus 2008 und 2009; Sofortabsetzung Geringwertiger Wirtschaftsgüter
---	---

Die planmäßigen Abschreibungsdauern betragen überwiegend für

immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
bauliche Anlagen	10-50 Jahre
Außenanlagen	10-15 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-20 Jahre

Vorräte	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert
Forderungen	Nominalwert abzüglich Wertberichtigung
übriges Umlaufvermögen	Nominalwert
Rechnungsabgrenzungsposten	Zahlungsbetrag
Rückstellungen	notwendiger Erfüllungsbetrag
Verbindlichkeiten	Erfüllungsbetrag

## II. Erläuterungen zur Bilanz

1. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betragen 1.883.249,76 € (Vorjahr 1.505.119,81 €) und bis zu einem Jahr EUR 265.572,01 € (Vorjahr 178.715,56 €).
2. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde betragen 104.959,79 € (im Vorjahr 51.825,25 €).
3. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die durch Eigentumsvorbehalte gesichert sind, betragen 13.341,74 €.
4. Als wesentliche sonstige Rückstellungen sind in der Bilanz folgende Beträge ausgewiesen:

	€
Kosten der Jahresabschlusserstellung und -prüfung	11.000,00
Urlaub und Überstunden	44.100,00
Ausstehende Rechnungen	15.100,00

## III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Umsatzerlöse gliedern sich im Wesentlichen wie folgt:	€
<i>Tourismusbetrieb</i>	
Kur-Strandkur-u.Fremdenv.abg.,	
Strandkorbstandgelder	342.490,68
Mieten und Pachten	49.981,03
Veranstaltungen, Sonstiges	31.306,95
	<b><u>423.778,66</u></b>
<i>Hafenbetrieb</i>	
Liegeentgelte	372.592,51
Hafengebühren	16.262,03
Mieten und Pachten	31.844,25
Sonstiges	<u>24.947,73</u>
	<b><u>445.646,52</u></b>
<i>Meerwasserschwimmhalle</i>	
Eintritt incl Benutzungsgeb. für Bahnenmieten Schulen, Vereine, usw.	264.659,51
Mieten und Pachten	11.410,34
Verkauf Badezubehör, Sonstiges	<u>11.619,64</u>
	<b><u>287.689,49</u></b>
<i>Bauhof</i>	
Weiterberechnung Stundenverrechnungssatz	289.872,00
Miete, Containergebühr, Transport Strandkörbe	16.516,14
	<b><u>306.388,14</u></b>
gesamt	<b><u>1.463.502,81</u></b>

2 Im Materialaufwand sind Niederschlagswassergebühren für Vorjahre in Höhe von 9.771,70 € enthalten.

3 Das Honorar des Abschlussprüfers für 2013 ist in Höhe von 10.500,00 € in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

#### IV. Weitere Angaben

1. Durchschnittlich wurden 37 Arbeitnehmer beschäftigt, davon 6 im Tourismusbetrieb (4 Angestellte, 2 Aushilfen), 2 im Hafbetrieb (1 Hafenmeister, 1 Aushilfe), 17 in der Schwimmhalle (12 Angestellte, 5 Aushilfen), 9 im Bauhof (8 Angestellte, 1 Aushilfe) und 3 in der Verwaltung (3 Angestellte).

Eine Mitarbeiterin des Amtes Probstei wird in der Schwimmhalle und in der Verwaltung eingesetzt. Der Aufwand hierfür ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

#### 2. Werkleitung

bis zum 30.04.13 Ulrich Thon,  
ab 01.05.13 bis zum 10.07.13 Michael Meggle, Bürgermeister und Werkleiter  
ab 17.07.13 bis zum 30.09.13 Walter Riecken, stellv. Bürgermeister und stellv. Werkleiter  
seit dem 01.10.13 Walter Riecken Bürgermeister und Werkleiter

Die Angabe der Bezüge der Werkleitung unterbleibt in Anwendung des § 286 Abs. 4 HGB.

#### 3. Mitglieder des Werkausschusses

bis zum 18.06.13

Horst Etmanski, Ingenieur Tiefbau (Vorsitzender)  
Frank Krogowski, Service-Techniker (stellv. Vorsitzender)  
Arne Arp, Rentner  
Michael Hansen, Zivilangestellter der Bundeswehr  
Ute Krauß, Angestellte  
Jürgen Schröder, Versicherungskaufmann  
Walter Riecken, Pensionär  
Bernd Wackernagel, Rentner  
Wilhelm Kuhn, Rentner  
Dieter Rauschenbach, Dipl.-Handelslehrer  
Klaus Schnoor, Rentner  
Hans-Jürgen Petersen, Beamter (stellv.)  
Beke Schöneich-Beyer, Architektin (stellv.)  
Gunter Seidler, Rentner (stellv.)  
Hans-Helmut Lucht, Pensionär (stellv.)  
Anette Kleinfeld, Arzthelferin (stellv.)  
Günter Petrowski, Angestellter (stellv.)  
Manfred Schmidt, Rentner (stellv.)  
Michael Kay, Angestellter (stellv.)  
Ulrike Mordhorst, Angestellte (stellv.)  
Hermann Fiege, Pensionär (stellv.)  
Heinrich Jacobs, Rentner (stellv.)

ab 18.06.13 (Konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung)

Marc Wenzel, Diplom-Ingenieur (Vorsitzender)  
Wilhelm Kuhn, Rentner (Vorsitzender) ab 24.09.13  
Hauke Witt, Diplom-Ingenieur (Vorsitzender) ab 26.02.14  
Ralf Mattern, Angestellter (stellv. Vorsitzender)  
Franziska Horn, Hotelfachfrau ( stellv. Vorsitzende) ab 24.09.13  
Claudia Bern, Betriebswirtin (stellv.Vorsitzende) ab 09.04.14  
Martin Opp, Angestellter  
Carsten Leonhardt, Vermögensberater  
Horst Etmanski, Diplom-Ingenieur  
Annette Kleinfeldt, Krankenschwester  
Jan Kruse, selbständiger Maschinenschlosser  
Ralf Mattern, Angestellter ab 26.02.14  
Markus Hegewald, Meister für Bäderbetriebe  
Walter Riecken, Beamter im Ruhestand  
Marina Cornehl, Rechtsanwaltsfachangestellte  
Kai Rönnau ab 24.09.13 bis 26.02.14  
Margit Wunderlich, Diplom-Ingenieurin (stellv.)  
Frank Giesler, Rentner (stellv.)  
Ulrike Schwertfeger, Versicherungskauffrau (stellv.)  
Hauke Witt (stellv.), Diplom-Ingenieur  
Gudrun Mai, Diplom-Grafikerin (stellv.)  
Julia Hansen, staatlich anerkannte Erzieherin (stellv.)  
Bernd Wackernagel, Rentner (stellv.)  
Margret Diekötter, Hausfrau (stellv.)  
Sascha Diercks, Student (stellv.)  
Frank Krogowski, Service-Techniker (stellv.)  
Hubertus Döttelbeck, Verwaltungsfachwirt (stellv.)  
Jörg Erdmann, Waffenmechaniker (stellv.)  
Claudia Bern, Betriebswirtin (stellv.)  
Rolf Strohmeyer, Versicherungsmakler (stellv.)  
Gabriele Haas, Berufsschullehrerin (stellv.)  
Christian Grütz, Angestellter (stellv.)  
Stephan Matthiesen, selbständiger kfz-Technikermeister (stellv.)  
Wolfgang Richter, Rentner (stellv.)  
Walter Kreft, Verwaltungsbeamter (stellv.)  
Ulrike Mordhorst, Kauffrau für Bürokommunikation (stellv.)  
Wilhelm Kuhn, Rentner (stellv.) bis 24.09.13  
Verena Kay, Pflegehelferin (stellv.)  
Dieter Rauschenbach, Diplom-Handelslehrer, Diplom-Betriebswirt (stellv.)  
Rosemarie Schymroch, Rentnerin, (stellv.)

Werkausschussmitglieder aktueller Stand Juli 2014

Hauke Witt, Dipl.-Informatiker (Vorsitzender) ab 26.02.14  
Claudia Bern, Betriebswirtin (stellvertretende Vorsitzende) ab 09.04.14  
Horst Etmanski, Dipl.-Ingeieur  
Annette Kleinfeld, Krankenschwester  
Jan Kruse, selbständiger Maschinenschlosser  
Wilhelm Kuhn, Rentner  
Ulrike Mordhorst, Kauffrau für Bürokommunikation  
Bernd Wackernager, Rentner  
Wiebke Eschenlauer, Lehrerin  
Ralf Mattern, Angestellter  
Eike Frank Giesler, Rentner

Stellvertretende Werkausschussmitglieder aktueller Stand Juli 2014

Ulrike Schlender-Schwertfeger  
Ulrike Nowack  
Inken Kuhn  
Sarah Braun  
Andrea Harrje  
Hans-Helmut Lucht  
Uwe Dierck  
Frank Krogowski  
Hubertus Döttelbeck  
Jörg Erdmann  
Jürgen Schröder  
Gabriele Haas  
Volkmar Heller  
Thomas Nebendahl  
Reimer Eickmeier  
Hans-Werner Wieck  
Uschi Wieck  
Jens Zywitza  
Claudia Witt  
Hartmut Mai  
Gudrun Mai  
Kai Rönnau  
Martin Opp  
Carsten Leonhardt  
Verena Kay  
Dieter Rauschenbach  
Rosemarie Schymroch  
Christian Grütz  
Stephan Matthiesen  
Margret Diekötter  
Rolf Strohmeyer  
Margit Wunderlich  
Jens Dittmann-Wunderlich

VORABZUG

#### 4. Sitzungsgelder

Es wurden Sitzungsgelder für die Werkausschussmitglieder in Höhe von 500,00 € pro Betriebszweig gezahlt.

Laboe, den 11.07.2014

Walter Riecken  
Werkleiter

VORABZUG

2. Anlagennachweis des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe 2013

	Historische Anschaffungs-/Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Restbuchwerte		Kennzahlen		
	31.12.2012 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2013 €	31.12.2012 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2013 €	31.12.2013 €	31.12.2012 €	Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Restbuchwert
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>														
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	46.996,62	6.579,50	5.064,50	0,00	58.640,62	46.013,62	2.059,00	0,00	0,00	48.072,62	<b>10.568,00</b>	983,00	3,51%	18,02%
2. Geleistete Anzahlungen	5.064,50	0,00	-5.064,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	5.064,50	0,00%	0,00%
	52.061,12	6.579,50	0,00	0,00	58.640,62	46.013,62	2.059,00	0,00	0,00	48.072,62	<b>10.568,00</b>	6.047,50	3,51%	18,02%
<b>II. Sachanlagen</b>														
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	7.705.080,52	204.768,74	41.916,59	17.717,83	7.934.048,02	4.372.150,89	203.947,33	0,00	9.155,83	4.566.942,39	<b>3.367.105,63</b>	3.332.929,63	2,57%	42,44%
2. Bauten auf fremden Grundstücken	780.717,03	0,00	0,00	774,97	779.942,06	724.290,22	15.074,00	0,00	529,97	738.834,25	<b>41.107,81</b>	56.426,81	1,93%	5,27%
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausst.	1.805.896,38	101.138,84	0,00	1.697,40	1.905.337,82	1.486.533,84	96.789,84	0,00	1.176,40	1.582.147,28	<b>323.190,54</b>	319.362,54	5,08%	16,96%
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	188.542,31	114.970,12	-41.916,59	40.843,12	220.752,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>220.752,72</b>	188.542,31	0,00%	100,00%
	10.480.236,24	420.877,70	0,00	61.033,32	10.840.080,62	6.582.974,95	315.811,17	0,00	10.862,20	6.887.923,92	<b>3.952.156,70</b>	3.897.261,29	9,58%	164,67%
<b>III. Finanzanlagen</b>														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.444,57	0,00	0,00	0,00	1.444,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>1.444,57</b>	1.444,57	0,00%	100,00%
	1.444,57	0,00	0,00	0,00	1.444,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>1.444,57</b>	1.444,57	0,00%	100,00%
	10.533.741,93	427.457,20	0,00	61.033,32	10.900.165,81	6.628.988,57	317.870,17	0,00	10.862,20	6.935.996,54	<b>3.964.169,27</b>	3.904.753,36	2,92%	36,37%

VORABZUG

**Lagebericht**

Anlage 4

VORABZUG

# Lagebericht 2013 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe

## Rahmenbedingungen

Mit rund 5.000 Einwohnern ist die Gemeinde Ostseebad Laboe aufgereiht am Ostufer der Kieler Förde mit Heikendorf, Schönkirchen und Mönkeberg und damit ein Bindeglied zwischen dem Großraum Kiel und der Probstei. Die Einwohnerschaft ist hinsichtlich der beruflichen und schulischen Beziehungen zum größten Teil in die Richtung Schönkirchen, Heikendorf und Kiel orientiert, neben Dienstleistungen, Werften und Handwerksbetrieben sind am Ort insbesondere im Bereich Gastronomie und Fremdenverkehr Arbeitsplätze zu finden.

Bedingt durch eine Gesetzesänderung, schloss sich die Gemeinde im Jahr 2008 dem Amt Probstei an und verzichtete damit auf eine eigene Verwaltung. Die nicht auf das Amt zu übertragenden Aufgaben Schwimmhalle und Bauhof wurden im Jahr 2010 dem Eigenbetrieb der Gemeinde angegliedert, so dass dieser ab dem Jahr 2010 aus den Betriebsteilen Tourismus, Hafen, Schwimmhalle und Bauhof besteht. Die Gemeinde wurde seit 2008 durch eine ehrenamtliche Bürgermeisterin geführt, die ab 2009 auch ehrenamtliche Werkleiterin wurde. Ab 2010 wurde die Stelle eines hauptamtlichen Werkleiters eingerichtet und besetzt.

Im Jahr 2012 wurden durch die gemeindlichen Gremien Überlegungen angestellt, die Gemeinde nicht mehr ehrenamtlich zu führen, sondern die Stelle eines hauptamtlichen Bürgermeisters einzurichten und diesem dann auch die Werkleitung zu übertragen. Die entsprechenden vorbereitenden Beschlüsse wurden in 2012 gefasst und führten im März 2013 zur Wahl eines hauptamtlichen Bürgermeisters, der dann zum 1.5.2013 seinen Dienst antrat und auch die Aufgabe der Werkleitung übernahm. Im Juli 2013 trat dieser dann zurück und die gemeindlichen Gremien entschieden sich wieder zurück zur Ehrenamtlichkeit zu kehren. Seit dem 1.10.2013 wird die Gemeinde Ostseebad Laboe nach einer entsprechenden Hauptsatzungsänderung wieder ehrenamtlich verwaltet, der ehrenamtliche Bürgermeister ist auch Werkleiter.

Die finanzielle Situation der Gemeinde und damit auch des Eigenbetriebes ist nach wie vor angespannt.

## Die Betriebsteile

### Betriebsteil Tourismus

Das Angebot des Betriebsteils Tourismus erstreckt sich auf die Bereiche Tourismus und Badebetrieb, Marketing und Veranstaltungen und er ist zuständig für die touristische Infrastruktur der Gemeinde Ostseebad Laboe.

Der Tourismusbetrieb betreibt keine Strandkorbvermietung und auch keine zentrale Zimmervermittlung. Wesentliche Einnahmequellen sind die von der Gemeinde erhobene Fremdenverkehrsabgabe, die Kurabgaben und die anteilige Kostenerstattung aus dem Gemeindehaushalt wegen Nutzung der touristischen Infrastruktur durch die Einwohnerschaft. Im Jahr 2012 wurde die Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe neu gefasst, dabei wurde gleichzeitig eine gestaffelte Erhöhung für die Jahre 2013 und 2014 festgesetzt.

Die Gemeinde Ostseebad Laboe ist Mitgesellschafter der Probstei Marketing GbR (LTO), Mitglied

des Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. (OHT) und somit auch der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein (TASH).

Die Gästezahlen des Jahres 2013 zeigen im Vergleich zum Vorjahr eine divergierende Tendenz auf. Während die Zahl der Gäste deutlich über dem Vorjahresniveau lag, es war eine Steigerung von 7,7 % zu verzeichnen, lag die Zahl der Übernachtungen unter dem Wert des Jahres 2013, und zwar 1,1 %. Dies führt dann zu einer durchschnittlichen Verweildauer des Gastes von 5,3 Tagen (-6,6 %). Die sehr schönen Sommermonate Juli und August haben dazu geführt, dass dieses Ergebnis erreicht werden konnte.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Erfolgsplan des Betriebsteiles Tourismus statt des geplanten Verlustes von 67.900 Euro einen von 41.200 Euro ausweist. Zwar sind durch die Verringerung der Übernachtungen die Einnahmen aus der Kurabgabe leicht rückläufig, die Strandkurabgabe und die Fremdenverkehrsabgabe führten aber zu einer Verbesserung der Einnahmesituation.

Die wesentlichen Maßnahmen des Vermögensplanes wurden im Oktober 2013 begonnen. Das Projekt „Hafenumfeldgestaltung“ mit einem Gesamtvolumen von ca. 2,5 Mio. Euro, das mit einer Zuschussung von 60 % und einem Eigenanteil von 40 % finanziert ist, wurde gestartet und wird wahrscheinlich bis Anfang 2015 laufen. Ziel ist es, die touristische Infrastruktur zeitgemäß herzustellen und eine Attraktivitätssteigerung hervorzurufen.

### **Betriebsteil Hafen**

Der Betriebsteil Hafen besteht aus einem Sportboothafenteil mit ca. 370 Liegeplätzen für Sportboote, die zu einem überwiegenden Teil an Dauerlieger verpachtet werden. Der Kommunalhafenteil ist mit dem Fähranleger das wichtige Einfallstor für den Bereich Tagestourismus von und nach Kiel. Nach Auskunft der SFK als Hauptnutzer des Anlegers werden jedes Jahr um die 300.000 Gäste befördert.

Der Betriebsteil Hafen kann als Unternehmen im kommunalen Sinne (§ 101 GO) betrachtet werden, da er über die Gebührenerhebung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht. Die zu erhebenden Gebühren sind gerade noch kostendeckend.

Der Plan 2013 sah einen Verlust von 26.600 Euro vor, das tatsächliche Ergebnis liegt mit einem Verlust von 57.515 Euro deutlich über Plan. Dies ist im Wesentlichen auf die mit der Erneuerung der Steganlage verbundenen Abbruchkosten zurückzuführen, die bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes nicht in der erforderlichen Höhe berücksichtigt waren.

Im Vermögensplan wurde die Stegsanierung begonnen und mit einem vom Betrieb zu finanzierenden Darlehen von 250.000 Euro abgeschlossen.

### **Betriebsteil Bauhof**

Der Betriebsteil Bauhof ist eine gemeindeeigene Einrichtung, die im Zuge der Eingliederung der Gemeinde in das Amt Probstei in den Eigenbetrieb überführt wurde und seit 2010 als Betriebsteil geführt wird. Es handelt sich nicht um einen Betrieb gewerblicher Art im Sinne des Steuerrechtes, sondern vielmehr um eine hoheitlich tätige Einrichtung, die unterschiedlichste Leistungen für andere Verwaltungseinheiten erbringt. Der Bauhof entspricht § 101 (4) Ziff. 3 GO und ist ein Hilfsbetrieb, der ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfes der Gemeinde dient. Er wird in den

Bereichen allgemeine Verwaltung, Straßenunterhaltung, Parkanlagen, öffentliche Ordnung, Tourismus eingesetzt.

Der Erfolgsplan zeigt, dass der geplante Gewinn von 7.700 Euro zu einem Verlust von 2.100 Euro im Ergebnis wurde. Dies liegt darin begründet, dass der Aufwand für die Unterhaltung und Pflege des Maschinenparkes höher als geplant ausfiel.

### **Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle**

Der Betriebsteil MWSH ist eine gemeindeeigene Einrichtung, bei der es sich im steuerlichen Sinne um einen Betrieb gewerblicher Art handelt. Mit der 2010 erfolgten Eingliederung in den Eigenbetrieb wurde die kamerale in die kaufmännische Buchführung überführt. Nach § 101 (4) GO stellt die MWSH kein wirtschaftliches Unternehmen dar. Bei der MWSH handelt es sich um eine Einrichtung des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, des Sports und der Erholung.

In der Erfolgsrechnung 2013 weicht das Ergebnis der MWSH vom Plan ab. Statt eines geplanten Defizites von 534.000 Euro weist die Bilanz eines von 521.000 Euro aus. Das Ergebnis ist durch die Auflösung einer Rückstellung in Höhe von ca. 33.000 Euro positiv beeinflusst worden, da durch das gute Wetter in den Monaten Juli und August 2013 deutlich verringerte Besucherzahlen zu verzeichnen waren und damit die verringerten Einnahmen eigentlich zu einem deutlich schlechterem Ergebnis als geplant geführt hätten.

### **Der Gesamtbetrieb**

Für den Gesamtbetrieb war ein Verlust von 620.600 Euro geplant. Der tatsächliche Verlust beträgt 621.800 Euro und entspricht damit dem Wirtschaftsplan. Bei den einzelnen Betriebsteilen ergeben sich unterschiedliche Planabweichungen, die im Gesamtergebnis kompensiert werden.

### **Geschäftsjahr 2013**

Für das Geschäftsjahr 2013 sind folgende Ereignisse zu berichten:

Es fand die Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters statt, der dann zum 1.5.2013 seinen Dienst antrat und am 10.7.2013 von seinem Amt zurücktrat. Da er auch die Werkleitung übernahm, wurde der ehemals hauptamtliche Werkleiter zum 1.5.2013 von seinen Aufgaben als Werkleiter entbunden, erkrankte dann und wurde anschließend freigestellt. Zum 14.11.2013 schied er dann aus den Diensten der Gemeinde aus. Dadurch wurde ab 17.07.2013 die Werkleitung ehrenamtlich wahrgenommen, ab 17.07.2013 durch den gewählten 1. Stellvertretenden Bürgermeister, der dann auch mit Wirkung vom 01.10.2013 zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt wurde und damit die Funktionen Werkleitung und Bürgermeister vereinigt.

Nach dem Bilanzstichtag sind verschiedene erwähnenswerte Ereignisse eingetreten:

Zum 1.2.2014 wurde die Stelle eines Assistenten der Werkleitung besetzt. Für die entfallene Stelle des hauptamtlichen Werkleiters hat diese Stelle die Funktion der Unterstützung des nun ehrenamtlichen Werkleiters.

Die Arbeiten im Projekt „Hafenumfeldgestaltung“ laufen planmäßig, führen aber durch Teilrechnungen zu einem erhöhten Mittelabfluss, sodass ein Augenmerk auf die Liquidität des Betriebes gerichtet werden muss.

Für den Spätsommer 2014 wurde eine Außenprüfung des Finanzamtes Kiel angekündigt.

Durch Laboer Bürger wurde ein Bürgerbegehren über die Zukunft der Schwimmhalle initiiert. Das Bürgerbegehren wurde mittlerweile für zulässig erklärt. Die Gemeindevertretung hat beschlossen, am 21. September 2014 den Bürgerentscheid durchzuführen. Während die Initiatoren das Ziel haben, den Weiterbetrieb der Meerwasserschwimmhalle zu erreichen, hat die Gemeindevertretung mehrheitlich bekundet, den Betrieb der Meerwasserschwimmhalle einzustellen.

## **Risikenbetrachtung**

Bedingt durch die enge personelle Ausstattung ist der krankheitsbedingte Ausfall von Mitarbeitern ein Risiko. Da der Eigenbetrieb auf Grund seiner Größe nicht in der Lage ist in wichtigen Bereichen Ausfälle zu kompensieren, muss ein Konzept entwickelt werden, wie im Einzelfall mit personellen Problemen umgegangen werden muss.

Hierzu sind die Betriebsteile durch die Werkleitung näher betrachtet worden und erste Handlungsansätze im Sinne einer „Stärkung der Handlungsfähigkeit in der Zukunft“ herausgearbeitet worden.

**Rechnungswesen/Verwaltung:** Ziel ist es, die Bewältigung des Arbeitsaufkommens in dieser Abteilung künftig sicher zu stellen und die Verwaltung so zu organisieren, dass zeitnah eine Abbildung des betrieblichen Geschehens an die Werkleitung gegeben werden kann. Personelle Engpässe in der Verwaltung und den Betriebsteilen führen zu einer Einschränkung der Verfügbarkeit der betrieblichen Zahlen- und Faktenlage. Dies kann Einfluss auf die Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit des Gemeindebetriebes haben. Hier gibt es diverse Handlungsansätze, die innerbetrieblich verfolgt werden. Aktuell wird über eine Umstellung der Belegbuchung nachgedacht. Darüber hinaus soll die Umstellung auf E-Bilanz im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen im Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe umgesetzt werden.

**Betriebsteil Bauhof:** Ziel ist es den schnellen Informationsaustausch zwischen Werkleitung und Bauhof im Sinne der Sicherstellung der Arbeitsqualität und Reaktionsfähigkeit für diesen Betriebsteil zu halten. Gleichzeitig soll das Abrechnungssystem verbessert werden. Insbesondere ist künftig eine Optimierung der Bauhofabrechnung hin zur zeitnahen Fakturierung angezeigt. Hier soll ein Bauhofabrechnungsprogramm zu einer Strukturverbesserung führen. Personelle Engpässe beim Bauhof würden zu einer Einschränkung der notwendigen Leistungen dieses Betriebsteiles führen. Um hier entgegen zu wirken, sind bereits jetzt Saisonkräfte auf dem Bauhof eingesetzt.

**Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle:** Bedingt durch hohe Verluste in den Vorjahren und auch im Wirtschaftsjahr 2013 steht die Meerwasserschwimmhalle im Fokus der Betrachtungen. Hier bleibt der Bürgerentscheid am 21.09.2014 abzuwarten. Planungen gehen im Jahr 2014 dahin, die Öffnungszeiten so anzupassen, dass die Personalkosten, die den größten Aufwandsposten ausmachen, nicht weiter steigen.

**Betriebsteil Hafen:** Nach erfolgter Stegsanierung im Jahr 2013 sind weitere Sanierungsmaßnahmen geplant, die die Attraktivität des Hafens Laboe auf gutem Niveau halten bzw. verbessern. Hierzu soll künftig die Sanierung der Hafentoiletten sowie die Erneuerung der Stege G, I, J beitragen.

**Betriebsteil Tourismus:** Ziel ist es im Bereich Tourismus bestehende Angebote zu erweitern, um

die Attraktivität des Ostseebades Laboe zu sichern. Für das Wirtschaftsjahr 2015 werden neue bzw. in Planung befindliche Angebote wie z.B. Trauungen am Ostseestrand das Attraktivitätsniveau des Ostseebades Laboe weiter verbessern. Innerbetrieblich führte der Kauf eines neuen Kassensystems im Jahr 2014 anfänglich zu Problemen, die behoben werden konnten. Die Organisation der Abrechnung der Kassen wird im Jahr 2014 noch weiter der Überprüfung unterzogen. Personelle Engpässe beim Tourismusbüro würden zu einer Einschränkung der notwendigen Leistungen dieses Betriebsteiles führen. Um hier entgegen zu wirken, sind bereits jetzt Saisonkräfte im Tourismusbüro eingesetzt. Die Stelle einer Veranstaltungsfachkraft war ausgeschrieben, das Bewerberauswahlverfahren hat stattgefunden. Diese Stelle ist neu zu besetzen, da der bisherige Stelleninhaber die Kündigung zum 31.12.2014 eingereicht hat.

Da der Eigenbetrieb überwiegend vom Tourismus abhängig ist, ist die Einnahmeseite sehr stark witterungsabhängig. Das Angebot ist nicht so breit gestreut, das durch schlechtes Wetter bedingte Einnahmeausfälle in anderen Bereichen kompensiert werden könnten. Dies führt zu einer starken Abhängigkeit von der Haushaltssituation der Gemeinde, weil diese die entstehenden Verluste ausgleichen muss.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 ist die Hafenumfeldgestaltung als Großprojekt des Betriebsteils Tourismus zu nennen. Hier ist der Wasserbau im Jahr 2014 zum Berichtszeitpunkt nahezu fertiggestellt.

**Anstehende Investitionen** werden zukünftig nur schwer durch kostendeckende Gebühren zu finanzieren sein. Die Hafenumfeldgestaltung wird den Betriebsteil Tourismus in den Folgejahren mit zusätzlichen Abschreibungen und Zinsen von ca. 80.000– 100.000 Euro belasten. Diese Belastung durch eine höhere Strandkur- oder Fremdenverkehrsabgabe auszugleichen, wird am Markt nur teilweise durchsetzbar sein. Gleiches gilt für den Betriebsteil Hafen, hier werden durch die Stegerneuerungen Investitionen von mehr als 600.000 Euro, damit Abschreibungen von 30.000 Euro ausgelöst, die ebenfalls am Markt nicht in vollem Umfang durch höhere Liegegebühren gegen zu finanzieren sein werden. Dadurch, und auch durch steigende Verluste der Schwimmhalle, wird die Finanzkraft der Gemeinde über Gebühr in Anspruch genommen. Hier gilt es bereits jetzt Konzepte zu entwickeln, die die abzusehenden wachsenden Verluste des Eigenbetriebes in Grenzen halten.

Laboe, den 11.07.2014

Riecken  
Werkleiter Eigenbetrieb

## Rechtliche Grundlagen

Anlage 5

VORABZUG

## Rechtliche Grundlagen

Rechtsform: Eigenbetrieb der Gemeinde Ostseebad Laboe, Laboe

Name des Eigenbetriebes: Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe

Stammkapital: EUR 1.000.000,00

Sitz: Laboe

Handelsregister: HRA 1892 PL, Amtsgericht Kiel

Satzung: Es gilt die Satzung vom 31. März 2010 mit einer Änderung in der Fassung vom 8. Februar 2013, die zum 1. Mai 2013 in Kraft trat.

Gegenstand: Gegenstand des Eigenbetriebes sind die Betriebszweige Tourismus, Hafen, Meerwasserschwimmhalle und Baubetriebshof und Zweck ist es, die mit diesen verbundenen Aufgaben in der Gemeinde Ostseebad Laboe zu erfüllen. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden Geschäfte betreiben. Er kann öffentliche Veranstaltungen jedweder Art, zum Beispiel Jahrmärkte, Musikveranstaltungen, Flohmärkte, etc., durchführen.

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

- Organe des Eigenbetriebes:
- die Gemeindevertretung
  - der Werkausschuss (Zusammensetzung siehe Anhang, Anlage 3)
  - die Bürgermeisterin (seit 1. Mai 2013 der Bürgermeister)
  - die Werkleitung

Die Protokolle der Sitzungen der Gemeindevertretung und des Werkausschusses zu den Belangen des Eigenbetriebes haben uns vorgelegen.

- Werkleitung:
- Ulrich Thon (bis zum 30. April 2013); stellvertretende Werkleiterin Anke Block
- Michael Meggle (vom 1. Mai 2013 bis 10. Juli 2013)
- Walter Riecken (seit 17. Juli 2013)

- Steuerliche Verhältnisse:
- Der Eigenbetrieb ist als Betrieb gewerblicher Art (BGA) grundsätzlich körperschaftsteuer-, gewerbesteuer- und umsatzsteuerpflichtig.

Die Gewerbesteuerpflicht entfällt, da aufgrund der andauernden Verlustsituation keine Gewinnerzielungsabsicht vorliegt. Die Umsatzbesteuerung erfolgt nach den allgemeinen Regeln des Umsatzsteuergesetzes.

Die Steuererklärungen zur Körperschaft- und Umsatzsteuer für 2012 sind eingereicht und veranlagt worden.

**Technische und wirtschaftliche Grundlagen,  
Beteiligungen und Mitgliedschaften**

VORABZUG

Anlage 6

## Technische und wirtschaftliche Grundlagen, Beteiligungen und Mitgliedschaften

### a) Beschreibung der Betriebsteile

Der **Tourismusbetrieb** betreibt einen bewachten Meerbadestrand mit Einrichtungen für den allgemeinen Kur- und Badebetrieb.

Der **Hafenbetrieb** besteht aus dem Fischerei-Gewerbehafen und dem Sportboothafen. Wir weisen aber ausdrücklich daraufhin, dass eine Trennung der einzelnen Teile aufgrund der Begebenheiten vor Ort und der dynamischen Stellplatzvergabe nicht ohne weiteres möglich ist, so dass hier eine Vermischung der Liegebereiche in Teilen notwendig ist. Im ursprünglichen Fischerei-Gewerbehafen wird die Personenbeförderung mit Fahrgastschiffen und Fahrzeugen des gewerblichen Angelsports sowie der Fischanlandung betrieben. Dieser Hafen beherbergt aber neben Angel- und Fischkuttern sowie Museumsschiffen, der Station der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit Rettungskreuzer auch diverse Sportboote. Der Sportboothafen schließt sich an den Gewerbehafen an und bietet Liegeplätze für ca. 350 Yachten und Segelboote sowie für kleinere Fischereifahrzeuge.

Ein weiterer Betriebsteil ist die **Meerwasserschwimmhalle** (MWSH), die ganzjährig geöffnet ist. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Wasserlinie. Die MWSH bietet ein Flachwasserbecken mit Meerwasser. Im Untergeschoss beherbergt sie neben einem verpachteten Restaurant eine Saunalandschaft, welche neben den Innensaunen eine zusätzliche Blockhaus-Sauna im strandnahen Außenbereich bietet.

Den letzten Betriebsteil bildet der **Bauhof**, welcher Instandhaltungs- und Unterhaltungsarbeiten für die Gemeinde und die anderen Betriebszweige erbringt. Hierunter fallen im Wesentlichen die Grün- und Strandpflege.

### b) Entgeltsatzungen und Abgabenordnungen

Die Grundlage für die Erhebung einer **Fremdenverkehrsabgabe** bildet die am 5. Februar 1993 von der Gemeindevertretung beschlossene Satzung in der Fassung vom 30. Oktober 1996. Sie wurde zuletzt in der Gemeindesitzung vom 13. Dezember 2011 geändert. Diese Änderung trat zum 1. Januar 2012 in Kraft.

Die Abgaben werden laut Satzung zur Deckung von 50 v. H. in 2013 (60 % ab 2014) des Aufwandes für die Fremdenverkehrswerbung erhoben.

Nach § 2 der Satzung sind alle natürlichen oder juristischen Personen sowie rechtsfähige und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen abgabepflichtig, denen durch den Fremdenverkehr im Gebiet der Gemeinde Ostseebad Laboe unmittelbare oder mittelbare Vorteile geboten werden.

Für die Deckung des Aufwandes für die Herstellung, Verwaltung und die Unterhaltung der zu Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen und durchgeführten Veranstaltung werden eine **Kurabgabe, eine Strandkurabgabe** und eine **Strandbenutzungsgebühr** erhoben. Nach der am 24. Februar 2009 von der Gemeindevertretung beschlossenen und am 14. März 2009 in Kraft getretenen Satzung ist von allen Personen, die sich in der Gemeinde Laboe aufhalten, eine Kurabgabe zu entrichten. Tagesgäste sind zur Zahlung einer Strandkurabgabe verpflichtet, Einwohner müssen eine Strandbenutzungsgebühr zahlen.

Die **Hafenbenutzungsordnung** vom 25. September 2007 ergänzt die Landesverordnung für die Häfen in Schleswig-Holstein (Hafenverordnung-HafVO) vom 9. Februar 2005/9. Juli 2006 und die Landesverordnung über Sportboothäfen (Sportboothafenverordnung) vom 11. September 2005 für die Belange des Hafens der Gemeinde Ostseebad Laboe. Laut § 3 der Verordnung sind für die Nutzung des Hafens, seiner Anlagen und Einrichtungen gemäß nachfolgender Satzung Gebühren zu entrichten.

Die Satzung über die Erhebung von **Hafenabgaben** vom 21. Februar 2006 in der Fassung der 1. Änderung vom 13. Dezember 2006 war bis zum 14. März 2011 gültig. Seit dem 15. März 2011 ist die von der Gemeindevertretung am 16. Dezember 2010 beschlossene Neufassung der Hafenabgabensatzung gültig. Die Abgabe dient der Deckung der laufenden Kosten des Hafensbetriebs und entsteht mit der Benutzung des abgabepflichtigen Hafengebietes. Sie teilt sich auf in Hafen-, Schiffsliege- und Kaiegebühren sowie Pfandgeld, Entsorgungsgebühren und sonstige Dienstleistungen und Gebühren.

Für die **Nutzung der Meerwasserschwimmhalle** gilt bis zum 31. März 2011 die **Entgeltordnung** vom 7. Juli 2010. Seit dem 1. April 2011 gilt diese in der Fassung vom 8. März 2011. Sie regelt die Eintrittsgelder für die Meerwasserschwimmhalle. Inhaber einer OstseeCard, einer Einwohnerstrandkarte oder Laboer Kindern wird eine Ermäßigung von 10 % gewährt.

Für die **Nutzung der Lesehalle** wurde am 31. Mai 1991 eine Richtlinie gemäß Beschluss der Gemeindevertretung vom 30. Mai 1991 erlassen. Pro Veranstaltung in der Lesehalle erhält der Eigenbetrieb ein Entgelt.

### **c) Übersicht über Beteiligungen und Mitgliedschaften**

Seit 1. Januar 2009 ist der Eigenbetrieb an der Ostsee-Tourismus-Service GmbH, Lübeck-Travemünde, mit nominal EUR 1.400,00 beteiligt. Gegenstand der GmbH ist die Bereitstellung touristisch ausgelegter EDV-Services.

Mit Vertrag vom 9. März 2011 hat die Gemeinde Ostseebad Laboe zusammen mit der Gemeinde Schönberg und dem Tourismusverband Probstei e.V. die Probstei Tourismus Marketing GbR, Schönberg, gegründet, um die Kooperation im Tourismus der drei Partner auszubauen und die Tourismusangebote der Region stärker zu optimieren. Der GbR soll der Charakter einer losen Werbegemeinschaft innewohnen.

### **d) Wesentliche Verträge**

Es bestehen keine wichtigen Einzelverträge. Zur Kontrolle der Kurabgabe, für die Vermietung von Strandkörben und für das Betreiben von Kiosken und Restaurants wurden diverse Verträge mit Unternehmen und Privatpersonen abgeschlossen.

### **e) Bürgschaftsdarlehen**

Die Gemeinde hat in 2009 zur Finanzierung einer Saunalandschaft in der Meerwasserschwimmhalle für ein Darlehen des nunmehr insolventen Investors über TEUR 360 gebürgt. Da das Kreditinstitut nunmehr die Gemeinde als Bürgen in Anspruch nehmen möchte, ist derzeit ein Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und der darlehensgebenden Bank anhängig. Es sollen einschließlich aufgelaufener Zinsen Darlehensschulden in Höhe von TEUR 380 ausgeglichen werden. Diesem Umstand wurde durch eine Rückstellung beim Eigenbetrieb Rechnung getragen.

Mit Urteil aus dem Juli 2013 wurde der Eigenbetrieb verpflichtet, die Bürgschaftssumme in Höhe von TEUR 360 an die Förde Sparkasse zu leisten. Die Rückstellung für Nebenleistungen in Höhe von TEUR 20 konnte ergebniswirksam aufgelöst werden. Die Zahlung wurde im Dezember 2013 angewiesen.

**Aufgliederung und Erläuterung der Posten  
des Jahresabschlusses**

VORABZUG

Anlage 7

## Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

### a) Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013

#### AKTIVA

##### A. ANLAGEVERMÖGEN

- 1 Die Entwicklung nach Bruttowerten (Anschaffungs- und Herstellungskosten) enthält der Anlagenspiegel, der Bestandteil des Anhangs (Anlage 3) ist. Im Folgenden erläutern wir die Entwicklung der Nettowerte (Buchwerte).

##### I. Immaterielle Vermögensgegenstände

##### 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

31.12.2013	EUR	10.568,00
31.12.2012	EUR	983,00

- 2 Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	983,00
Zugänge	6.579,50
Umbuchungen	5.064,50
Abschreibungen	2.059,00
Stand am 31.12.2013	<u>10.568,00</u>

Der Posten beinhaltet EDV-Software. Die Zugänge beinhalten unter anderem die Kosten für die Neugestaltung der Internetseite des Betriebsteils Tourismus in Höhe von TEUR 7.

<b>2. Geleistete Anzahlungen</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>0,00</b>
	31.12.2012	EUR	5.064,50

Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	5.064,50
Umbuchungen	5.064,50
Stand am 31.12.2013	<u>0,00</u>

VORABZUG

## II. Sachanlagen

### 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>3.367.105,63</b>
31.12.2012	EUR	3.332.929,63

### 3 Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	3.332.929,63
Zugänge	204.768,74
Abgänge	8.562,00
Umbuchungen	41.916,59
Abschreibungen	203.947,33
Stand am 31.12.2013	<u>3.367.105,63</u>

### Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Grund und Boden	467.200,41	467.200,41
Gebäude auf eigenen Grundstücken	890.452,00	950.243,00
Andere Bauten auf eigenen Grundstücken	1.993.288,22	1.896.301,22
Außenanlagen	16.165,00	19.185,00
	<u>3.367.105,63</u>	<u>3.332.929,63</u>

Bei den Zugängen handelt es sich unter anderem um die Stege C, D und H im Hafen sowie um einen Seecontainer für den Betriebsteil Bauhof.

2. Bauten auf fremden Grundstücken

31.12.2013	EUR	<u>41.107,81</u>
31.12.2012	EUR	56.426,81

4 Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	56.426,81
Abgänge	245,00
Abschreibungen	<u>15.074,00</u>
Stand am 31.12.2013	<u>41.107,81</u>

VORABZUG

**3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>323.190,54</b>
31.12.2012	EUR	319.362,54

5 Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	319.362,54
Zugänge	101.138,84
Abgänge	521,00
Abschreibungen	96.789,84
Stand am 31.12.2013	<u>323.190,54</u>

Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b> EUR	<b>31.12.2012</b> EUR
Betriebsvorrichtungen	89.037,00	126.636,00
Andere Anlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung	124.451,54	71.142,54
Betriebsausstattung Sport-u.Spielgeräte	18.556,00	19.697,00
Fahrzeuge	71.000,00	87.199,00
Büroeinrichtung und Büromaschinen	12.197,00	12.733,00
EDV-Hardware	7.949,00	605,00
Sammelposten GWG	0,00	1.350,00
	<u>323.190,54</u>	<u>319.362,54</u>

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Energiesäulen (TEUR 27), die Strom- und Wasserversorgung der Stege C, D und H (TEUR 44) sowie diverse Spiel- und Kleingeräte.

**4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>220.752,72</b>
31.12.2012	EUR	188.542,31

6 Entwicklung im Berichtszeitraum:

	EUR
Stand am 01.01.2013	188.542,31
Zugänge	114.970,12
Abgänge	40.843,12
Umbuchungen	41.916,59
Stand am 31.12.2013	<u>220.752,72</u>

Die Zugänge bestehen aus Planungskosten für den Rosengarten sowie aus Kosten für die Neugestaltung des Hafenumfelds.

**III. Finanzanlagen**

**Anteile an verbundenen Unternehmen**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>1.444,57</b>
31.12.2012	EUR	1.444,57

Bei der Beteiligung handelt es sich um einen Anteil an der Ostsee-Tourismus-Service GmbH, Lübeck-Travemünde, von nominal EUR 1.400,00. Gegenstand der GmbH ist die Bereitstellung touristisch ausgelegter EDV-Services.

## B. UMLAUFVERMÖGEN

### I. Vorräte

<b>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>11.304,79</b>
	31.12.2012	EUR	19.394,48

- 7 Beim Ausweis handelt es sich um unverarbeitetes Holz für Anleger auf dem Grundstück des Bauhofs, Werbe- und Verkaufsartikel sowie Heizöl.

### II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

#### 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>34.523,38</b>
31.12.2012	EUR	68.083,25

- 8 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Nominalbestand der Forderungen	58.164,38	88.545,25
Einzelwertberichtigte Forderungen aus Vermietung Sauna/Bistro	35.335,20	35.335,20
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-1.211,00	-2.265,00
abzgl. Einzelwertberichtigungen	-57.765,20	-53.532,20
	<u>34.523,38</u>	<u>68.083,25</u>

Zweifelhafte Forderungen wurden in angemessenem Umfang einzelwertberichtigt.

9 Die Wertberichtigungen zeigen folgende Entwicklung:

	<b>Stand 01.01.2013</b> EUR	<b>Verbrauch (V) Auflösung (A)</b> EUR	<b>Zuführung</b> EUR	<b>Stand 31.12.2013</b> EUR
Pauschalwertberichtigung	2.265,00	1.054,00 (A)	0,00	1.211,00
Einzelwertberichtigung	<u>53.532,20</u>	<u>0,00 (A)</u>	<u>4.233,00</u>	<u>57.765,20</u>
	<u><u>55.797,20</u></u>	<u><u>1.054,00 (A)</u></u>	<u><u>4.233,00</u></u>	<u><u>58.976,20</u></u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt im Wesentlichen, bis auf einzelwertberichtigte Forderungen, eingegangen.

**2. Sonstige Vermögensgegenstände**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>425.981,73</b>
31.12.2012	EUR	60.152,90

10 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b> EUR	<b>31.12.2012</b> EUR
Zuschuss Land SH wg. Hafenumfeldgestaltung	300.462,41	0,00
Umsatzsteuer	106.389,92	30.503,29
Mietforderungen (Hafen)	12.470,77	2.082,00
Leitungswasserschaden Provinzial (Schwimmbad)	2.265,76	1.098,61
Strandkorbkonzession (Tourismus)	1.754,80	1.754,80
Zuschuss LVS SH mbH (Hafen)	0,00	13.950,00
Überzahlungen E. ON (Hafen)	0,00	5.977,50
Kapitalertragsteuer	0,00	68,29
Solidaritätszuschlag	0,00	3,73
Forderungen gegen Personal	0,00	1.181,22
Übrige	<u>2.638,07</u>	<u>3.533,46</u>
	<u><u>425.981,73</u></u>	<u><u>60.152,90</u></u>

**III. Kassenbestand und Guthaben  
bei Kreditinstituten**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>189.291,20</b>
31.12.2012	EUR	423.985,54

11 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Kassenbestand	6.674,58	12.691,77
Festgeldkonto	182.616,62	411.293,77
	<u>189.291,20</u>	<u>423.985,54</u>

Kassenbestand

Wechselgeldkasse Hafenmeister	450,00	450,00
Barkasse für Ausgaben Hafenmeisterei	218,69	25,02
Barkasse Tourismus	1.560,44	4.342,00
Wechselgeldkassen Tourismus	800,00	1.250,00
Wechselgeldkasse MWSH	2.635,00	2.635,00
Barkasse MWSH/Tageseinnahmen zum Jahresende im Tresor	1.010,45	3.989,75
	<u>6.674,58</u>	<u>12.691,77</u>

Für die Kassenbestände haben Aufnahmeprotokolle zum 31. Dezember 2013 bzw. Kassenbücher vorgelegen. Die Guthaben bei Kreditinstituten sind durch gleichlautende Saldenmitteilungen und Bankbestätigungen zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

**C. RECHNUNGSABGRENZUNGS-  
POSTEN**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>1.008,89</b>
31.12.2012	EUR	607,11

## PASSIVA

### A. EIGENKAPITAL

I. Stammkapital	31.12.2013	EUR	<u>1.000.000,00</u>
	31.12.2012	EUR	1.000.000,00

### II. Rücklagen

1. Allgemeine Rücklage	31.12.2013	EUR	<u>605.340,06</u>
	31.12.2012	EUR	605.340,06

12 Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
Rücklage Tourismusbetrieb	233.504,91	233.504,91
Rücklage Hafengebiete	158.149,92	158.149,92
Rücklage aus Übernahme Bauhof	146.183,81	146.183,81
Rücklage aus Übernahme MWSH	67.501,42	67.501,42
	<u>605.340,06</u>	<u>605.340,06</u>

<b>2. Zweckgebundene Rücklage</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>389.307,23</b>
	31.12.2012	EUR	389.307,23

13 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Kreis Plön 1969-1972 (Errichtung Schwimmhalle)	3.808,10	3.808,10
Land Schleswig-Holstein (Errichtung Schwimmhalle)	41.127,50	41.127,50
Kreis Plön 1998 (Umbau)	38.263,51	38.263,51
Land Schleswig-Holstein 1998 (Umbau)	306.108,12	306.108,12
	<u>389.307,23</u>	<u>389.307,23</u>

Die mit den Zuschüssen finanzierten Investitionen wurden entsprechend ihrer Nutzungsdauer bis zum Zeitpunkt der Einbringung fiktiv abgeschrieben und mit dem sich zum 1. Januar 2010 (Zeitpunkt der Einbringung) ergebenden Buchwert in den Eigenbetrieb eingegliedert.

Entsprechend wurden die Zuschüsse auf die Restwerte angepasst. Für die Reduzierung der ursprünglichen Zuschüsse ist die prozentuale Minderung der ursprünglichen Herstellungskosten der Anlagegegenstände maßgebend.

Gemäß § 20 Abs. 3 EigVO i.V.m. § 40 Abs. 5 Schleswig-Holsteinische Gemeindehaushaltsverordnungs-Doppik wurden die Zuweisungen in die allgemeine Rücklage eingestellt. Eine Auflösung der Zuschüsse erfolgt nicht.

<b>III. Jahresfehlbetrag</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>-621.757,92</b>
	31.12.2012	EUR	-622.367,24

14 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Tourismusbetrieb	-41.210,43	-68.356,20
Hafenbetrieb	-57.514,75	-8.334,54
Meerwasserschwimmhalle	-520.913,03	-544.290,05
Bauhof	-2.119,71	-1.386,45
	<u>-621.757,92</u>	<u>-622.367,24</u>

VORABZUG

## B. RÜCKSTELLUNGEN

<b>Sonstige Rückstellungen</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>73.800,00</b>
	31.12.2012	EUR	120.062,50

15 Zusammensetzung und Entwicklung:

	<b>01.01.2013</b>	<b>Auflösung (A)</b>	<b>Zuführung (Z)</b>	<b>31.12.2013</b>
	EUR	EUR	EUR	EUR
Rückstellung für Abschlusskosten und Steuererklärungen	2.800,00	2.025,00 (V) 775,00 (A)	500,00 (Z)	500,00
Rückstellung für Prüfungskosten	10.500,00	10.500,00 (V)	10.500,00 (Z)	10.500,00
Überstunden	31.600,00	7.700,00 (V)	0,00	23.900,00
Urlaub	26.000,00	10.400,00 (V)	5.600,00 (Z)	21.200,00
Restzahlung Umbau Saunalandschaft	32.212,50	0,00 32.212,50 (A)	0,00	0,00
Archivierung der Geschäftsunterlagen	3.600,00	0,00	0,00	3.600,00
Ausstehende Rechnungen	13.350,00	1.974,76 (V) 7.375,24 (A)	10.100,00 (Z)	14.100,00
	<u>120.062,50</u>	<u>32.599,76 (V)</u> <u>40.362,74 (A)</u>	<u>26.700,00 (Z)</u>	<u>73.800,00</u>

Die Rückstellung für die Restzahlung aus dem Umbau der Saunalandschaft konnte im Geschäftsjahr aufgelöst werden, da die Forderung am 31. Dezember 2013 verjäherte.

## C. VERBINDLICHKEITEN

### 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>2.781.545,96</b>
31.12.2012	EUR	2.203.522,27

16 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Kontokorrentkonten	100.278,11	31.219,13
Hafenbetrieb	1.740.850,63	1.566.764,46
Tourismusbetrieb	616.940,28	252.947,20
Schwimmbhalle	198.297,56	223.324,30
Bauhof	125.179,38	129.267,18
	<u>2.781.545,96</u>	<u>2.203.522,27</u>
<b>VORABZUG</b>		
<u>Kontokorrentkonten</u>		
Förde Sparkasse	99.835,27	30.954,56
Kontokorrentkredit Commerzbank	442,84	264,57
	<u>100.278,11</u>	<u>31.219,13</u>
<u>Hafenbetrieb</u>		
Investitionsbank 53 28 64 00 30	5.832,28	7.972,73
abgegrenzte Darlehenszinsen	6.461,14	6.940,39
DKB 67 06 00 56 23	104.931,12	107.508,53
Investitionsbank 53 28 64 00 46	404.453,10	434.453,10
HSH Nordbank 67 04 51 01 67	683.207,76	705.255,30
HSH Nordbank 67 04 51 02 14 (Hapag-Steg)	0,00	304.634,41
Investitionsbank 7000488809 (Umschuldung Hapag-Steg)	285.965,23	0,00
DKB 6700238568 (Stegneubau Yachthafen)	250.000,00	0,00
	<u>1.740.850,63</u>	<u>1.566.764,46</u>

#### Tourismusbetrieb

Hypo Vereinsbank 30 24 66 72 02	0,00	27.624,67
Hypo Vereinsbank 30 24 66 72 01	34.113,00	36.345,79
HSH Nordbank 67 04 51 02 20	0,00	74.981,02
Investitionsbank 7000602984	220.000,00	0,00
DKB 6712136651	180.000,00	0,00
Investitionsbank 7000488846	72.481,50	0,00
Investitionsbank 53 28 64 00 24	110.345,78	113.995,72
	<u>616.940,28</u>	<u>252.947,20</u>

#### Schwimmhalle

Investitionsbank 53 02 41 00 87	90.498,77	113.251,25
Hypo Vereinsbank 30 24 66 72 00	67.355,98	69.135,36
Investitionsbank 53 28 64 00 65	40.442,81	40.937,69
	<u>198.297,56</u>	<u>223.324,30</u>

#### Bauhof

Investitionsbank 53 28 64 00 24	101.980,13	105.353,36
Investitionsbank 53 28 64 00 18	2.453,64	2.532,77
Investitionsbank 53 28 64 00 52	20.745,61	21.381,05
	<u>125.179,38</u>	<u>129.267,18</u>

Die Salden der Darlehen sind durch Bankbestätigungen und Zins- und Tilgungspläne nachgewiesen.

#### **2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>208.661,02</b>
31.12.2012	EUR	182.564,91

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt überwiegend beglichen.

**3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>65.914,05</b>
31.12.2012	EUR	51.825,25

17 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b> EUR	<b>31.12.2012</b> EUR
Forderungen aus Fremdenverkehrsabgabe/FVA	-1.135,70	-1.290,41
Forderungen aus Grundstücksgeschäft Ehrenmal 1	-497.745,82	-497.745,82
Betriebsmittelzuschuss laufendes Jahr	620.400,00	592.200,00
Betriebsmittelzuschuss Vorjahr	-30.167,24	0,00
Ausgeglichene Verluste	0,00	0,00
Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus laufender Leistungsverrechnung	-25.437,19	-41.338,52
	<u>65.914,05</u>	<u>51.825,25</u>
<u>Betriebsmittelzuschuss laufendes Jahr</u>		
Tourismus	60.000,00	75.900,00
Schwimmbhalle	533.800,00	488.800,00
Hafen	26.600,00	27.200,00
Bauhof	0,00	300,00
	<u>620.400,00</u>	<u>592.200,00</u>
<u>Ausgeglichene Verluste</u>		
Tourismus	-41.210,43	-58.872,88
Hafen	-57.514,75	24.277,55
Schwimmbhalle	-520.913,03	-480.500,35
Bauhof	-2.119,71	5.998,07
Verlustausgleich der Vorjahre durch die Gemeinde	621.757,92	509.097,61
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde ergeben sich aus der Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten. Der Betriebsmittelzuschuss als Vorauszahlung auf die Verlustausgleichsverpflichtung für das laufende Berichtsjahr betrug EUR 620.400,00. Aus dem laufenden Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 621.757,92 entsteht somit eine Ausgleichsnachzahlung der Gemeinde in Höhe von EUR 1.357,92.

<b>4. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>36.901,67</b>
	31.12.2012	EUR	403.473,65

18 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Doppelzahlung an E.ON (Schwimmbad)	8.868,91	8.868,91
Lohnsteuer	7.759,34	7.488,18
Lochkartenpfand (Hafen)	4.060,00	7.560,00
Spenden Weihnachtsfeier (Tourismus)	4.047,88	0,00
Saunaeinnahmen (Schwimmbad)	3.102,00	3.102,00
Spenden Kirchenkreis (Tourismus)	0,00	2.900,00
Zahlung Bürgerschaft (Schwimmbad)	0,00	360.000,00
Schmutzwasser (Hafen und Schwimmhalle)	0,00	4.005,76
Kartenvorverkauf (Tourismus)	0,00	4.166,10
Übrige	9.063,54	5.382,70
	<u>36.901,67</u>	<u>403.473,65</u>

Laut Gerichtsurteil aus Juli 2013 muss der Gemeindebetrieb seiner Bürgerschaftsverpflichtung aus dem Bau einer Saunalandschaft nachkommen. Die Zahlung erfolgte Ende 2013.

**D. RECHNUNGSABGRENZUNGS-  
POSTEN**

<b>31.12.2013</b>	<b>EUR</b>	<b>86.567,19</b>
31.12.2012	EUR	143.248,01

19 Zusammensetzung:

	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
	EUR	EUR
Zuschuss Schiffswerft Laboe Hapag-Steg	81.845,48	90.385,89
Bereits vereinnahmte Liegeplatzgebühren	0,00	49.457,04
Zuschuss Schiffswerft Laboe, Fäkalabsauganlage	1.871,71	2.280,08
Sonstige	2.850,00	1.125,00
	<u>86.567,19</u>	<u>143.248,01</u>

VORABZUG

**Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit  
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

<b>1.</b>	<b>Umsatzerlöse</b>	<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>1.463.502,81</b>
		2012	EUR	1.384.245,85
20	Zusammensetzung:			
		<b>2013</b>		<b>2012</b>
		EUR		EUR
	Erlöse Hafen	445.646,52		442.039,49
	Erlöse Tourismus	423.778,66		389.877,47
	Erlöse Bauhof	306.388,14		261.152,92
	Erlöse Schwimmbad	287.689,49		291.175,97
		<u>1.463.502,81</u>		<u>1.384.245,85</u>
	<u>Erlöse Hafen</u>			
	Tages- und Dauerlieger (Sommer)	359.716,88		354.290,14
	Mieten und Pachten Hafen	31.844,25		33.386,67
	Hafengebühren	16.262,03		14.343,26
	Tages- und Dauerlieger (Winter)	12.875,63		11.651,01
	Versorgungskostenerstattungen	12.785,83		15.692,22
	Zuschüsse der Werft zum HAPAG Steg	8.948,78		8.948,78
	Sonstige Erlöse Hafenbetrieb	3.213,12		3.727,41
		<u>445.646,52</u>		<u>442.039,49</u>

VORABZUG

#### Erlöse Tourismus

Kurabgaben	226.510,85	223.319,04
Strandkurabgabe	58.442,49	43.154,55
Fremdenverkehrsabgabe	57.537,34	40.736,14
Miete Lesehalle	28.101,10	28.748,16
Mieten und Pachten Tourismus	21.879,93	21.421,84
Strandkorbge­lder/Konzessionsabgabe	11.358,66	15.399,23
Sonstige Umsätze Tourismusbetrieb	9.219,54	5.251,35
Interneteintrag für Vermieter	7.169,92	7.148,00
Veranstaltungen	3.558,83	4.699,16
	<u>423.778,66</u>	<u>389.877,47</u>

#### Erlöse Bauhof

Weiterberechnung des Stundenverrechnungssatzes	289.872,00	244.930,51
Mieterträge Strandkorblager und Werkstatt	9.660,00	9.442,50
Weiterberechnung Containergebühr	4.140,22	3.896,31
Sonstige Erträge Bauhof	2.715,92	2.883,60
	<u>306.388,14</u>	<u>261.152,92</u>

#### Erlöse Schwimmbad

Eintritt inkl. Bahnenmieten	264.659,51	270.156,31
Verkauf und Verleih	11.619,64	10.449,66
Mieten und Pachten Schwimmbad	11.410,34	10.570,00
	<u>287.689,49</u>	<u>291.175,97</u>

#### **2. Andere aktivierte Eigenleistungen**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>1.080,00</b>
2012	EUR	877,50

Der Posten beinhaltet die im Berichtsjahr vom Bauhof hergestellten Anlagegegenstände.

<b>3. Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>245.378,22</b>
	2012	EUR	196.181,16

21 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>		<b>2012</b>
	EUR		EUR
Kostenerstattungen der Gemeinde	166.154,25		159.870,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	40.362,74		20.804,42
Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit	0,00		3.690,16
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1.054,00		2.704,51
Übrige	37.807,23		9.112,07
	<u>245.378,22</u>		<u>196.181,16</u>

#### 4. Materialaufwand

a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>254.736,98</b>
2012	EUR	262.569,42

22 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>		<b>2012</b>
	EUR		EUR
Tourismus	33.376,22		36.793,70
Hafen	51.537,11		53.241,61
Schwimmbhalle	139.951,98		141.926,93
Bauhof	10.316,20		8.225,97
Bewirtschaftungskosten (Allgemein)	20.616,48		23.395,83
erhaltene Skonti (Gesamt)	-1.061,01		-1.014,62
	<u>254.736,98</u>		<u>262.569,42</u>

### Tourismus

Bewirtschaftungskosten Tourismus	26.789,83	25.369,37
Aufwendungen für OstseeCard	4.386,98	6.286,03
Einkauf Kurschalter	2.199,41	5.138,30
	<u>33.376,22</u>	<u>36.793,70</u>

### Hafen

Bewirtschaftungskosten		
- Yachthafen	28.183,61	27.483,31
- Gewerbehafen	21.910,19	21.305,15
- nicht aufteilbar	1.443,31	4.453,15
	<u>51.537,11</u>	<u>53.241,61</u>

### Schwimmhalle

Einkauf für Verkaufs- und Verleihartikel	4.347,21	4.295,17
Heizung/Wärme Schwimmhalle	132.463,03	134.553,77
Frischwasser	3.141,74	3.077,99
	<u>139.951,98</u>	<u>141.926,93</u>

### Bauhof

Miete für Flaschengase und Schweißgeräte	1.530,34	1.512,05
Arbeits-u. Verbrauchsmaterial	4.980,74	2.392,35
Containergebühren zur Weiterberechnung	3.805,12	4.321,57
	<u>10.316,20</u>	<u>8.225,97</u>

**b) Aufwendungen für bezogene Leistungen**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>108.004,93</b>
2012	EUR	99.216,01

23 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Tourismus	13.465,04	8.463,77
Hafen (Anmietung des Yachthafengebäudes)	6.221,60	6.221,61
Schwimmhalle	86.438,41	83.468,33
Aufwendungen Wasserprobenuntersuchungen (Tourismus und Schwimmbad)	1.879,88	1.062,30
	<u>108.004,93</u>	<u>99.216,01</u>

Tourismus

Strandunterhaltung	11.070,84	5.784,77
Aufwendungen für Interneteintrag der Vermieter	2.282,50	2.490,00
DTV-Gebühren für Klassifizierung	111,70	189,00
	<u>13.465,04</u>	<u>8.463,77</u>

Schwimmhalle

Strom	72.697,20	67.706,69
Abwasserentsorgung	11.260,36	13.616,64
Übrige	2.480,85	2.145,00
	<u>86.438,41</u>	<u>83.468,33</u>

## 5. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter	<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>811.670,66</b>
	2012	EUR	764.899,36

24 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Gehälter	801.220,50	737.747,91
Aushilfslöhne	10.450,16	27.151,45
	<u>811.670,66</u>	<u>764.899,36</u>

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>222.795,35</b>
	2012	EUR	222.979,47

Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	149.454,73	152.220,53
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	5.164,28	5.117,82
Aufwendungen für die Altersversorgung	68.176,34	65.641,12
	<u>222.795,35</u>	<u>222.979,47</u>

## 6. Abschreibungen

### auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>317.870,17</b>
2012	EUR	301.633,33

#### Zusammensetzung:

	<b>2013</b> EUR	<b>2012</b> EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	306.609,40	295.625,64
Sofortabschreibung GWG	9.910,77	2.845,69
Abschreibung Sammelposten GWG	1.350,00	3.162,00
	<u>317.870,17</u>	<u>301.633,33</u>

## 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>508.083,17</b>
2012	EUR	432.695,07

#### Zusammensetzung:

	<b>2013</b> EUR	<b>2012</b> EUR
Betriebs- und Vertriebskosten	286.652,14	227.178,71
Verwaltungskosten	194.978,51	195.303,64
Sonstige Kosten	26.452,52	10.212,72
	<u>508.083,17</u>	<u>432.695,07</u>

### Betriebs- und Vertriebskosten

Reparatur und Instandhaltung Hafen	83.369,41	58.470,14
Dienstleistungen für Veranstaltungen	60.633,68	67.886,97
Fahrzeugkosten	36.707,10	22.497,11
Reparatur und Instandhaltung Tourismus	24.312,80	9.901,17
Reparatur und Instandhaltung Schwimmhalle	16.819,52	18.928,22
Versicherungen	16.687,01	12.759,79
Reinigung	16.250,19	11.716,66
Mieten, Pacht und Leasing	11.949,17	10.466,43
Betriebsbedarf, Werkzeuge und Kleingeräte	10.517,91	7.518,60
Reparatur und Instandhaltung Bauhof	3.187,17	2.378,96
Berufskleidung	2.575,03	2.212,34
Provision Strandkarten 19 % und Nachlösegebühr	2.553,28	1.536,31
Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	1.089,87	738,81
Aufwendungen für Gästebefragung	0,00	167,20
	<u>286.652,14</u>	<u>227.178,71</u>

### Verwaltungskosten

Verwaltungskostenbeitrag	92.405,02	55.838,04
Werbekosten	36.180,09	30.981,31
Rechts- und Beratungskosten	17.571,62	54.005,27
Beiträge, Abgaben und Gebühren	15.858,61	16.357,22
Abschluss- und Prüfungskosten	12.022,50	14.323,60
Reisekosten, Literatur, Fortbildung Arbeitnehmer	5.188,89	4.899,67
Telefon	3.559,85	4.428,53
Porto/Fracht	2.706,79	3.179,85
Personalnebenkosten/Kosten Stellenanzeigen	2.637,94	3.983,30
Sitzungsgelder/Verw.kosten	2.000,00	2.000,00
Bürobedarf	1.974,81	1.550,26
Nebenkosten des Geldverkehrs	1.629,11	1.480,51
Bewirtungskosten	1.243,28	2.276,08
	<u>194.978,51</u>	<u>195.303,64</u>

### Sonstige Kosten

Übrige Aufwendungen	16.180,84	5.755,63
Vorsteuer MWSH Schulschwimmen hoheitlich	4.572,29	0,00
Einstellung in die Wertberichtigungen	4.233,00	1.492,00
Erbbau-"Zinsen"	1.466,39	1.466,39
Forderungsverluste	0,00	1.498,70
	<u>26.452,52</u>	<u>10.212,72</u>

### **8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>1.433,68</b>
2012	EUR	3.088,36

### **9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>101.856,60</b>
2012	EUR	113.431,87

### 25 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten	99.594,10	108.567,40
Zinsaufwendungen aus Kassenkrediten von der Gemeinde Laboe	2.190,25	4.688,87
Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	72,25	175,60
	<u>101.856,60</u>	<u>113.431,87</u>

### **10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>-613.623,15</b>
2012	EUR	-613.031,66

### **11. Sonstige Steuern**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>8.134,77</b>
2012	EUR	9.335,58

26 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Grundsteuer - Sporthafen	4.053,50	4.101,16
Grundsteuer - Gewerbehafen	140,35	92,69
Grundsteuer Tourismus, MWSH, Bauhof	2.036,72	2.097,20
Kfz-Steuer	1.904,20	3.044,53
	<u>8.134,77</u>	<u>9.335,58</u>

**12. Jahresfehlbetrag**

<b>2013</b>	<b>EUR</b>	<b>-621.757,92</b>
2012	EUR	-622.367,24

27 Zusammensetzung:

	<b>2013</b>	<b>2012</b>
	EUR	EUR
Tourismusbetrieb	-41.210,43	-68.356,20
Hafen	-57.514,75	-8.334,54
Schwimmbhalle	-520.913,03	-544.290,05
Bauhof	-2.119,71	-1.386,45
	<u>-621.757,92</u>	<u>-622.367,24</u>

**Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach  
§ 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie § 14 Abs. 2  
Kommunalprüfungsgesetz**

Anlage 8

**Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 13 Abs.1Nr.2 und 3 sowie § 14 Abs.2  
Kommunalprüfungsgesetz**

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation** anhand des folgenden Fragenkreises zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

<b>Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge</b>	
a)	<p>Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?</p>
	<p>In Folge des 2012 gefassten Beschlusses der Gemeindevertretung, die Stelle des Bürgermeisters hauptamtlich zu verrichten, trat am 1. Mai 2013 der gewählte Bürgermeister Herr Meggle sein Amt an, legte es jedoch im Juli 2013 nieder. Seitdem wird sowohl das Amt des Bürgermeisters als auch der Werkleitung wieder ehrenamtlich durch Herrn Riecken ausgeübt. Stellvertretend tätig ist Frau Eschenlauer.</p> <p>Der Werkausschuss der Gemeinde Ostseebad Laboe bereitet als Aufsichtsorgan die Beschlüsse der Gemeindevertretung vor und trifft in einem vorgegebenen Rahmen selbst Entscheidungen.</p> <p>Die Aufgaben des 1. Werkleiters sind in § 5 der Betriebssatzung geregelt. Die Regelungen in § 5 der Betriebssatzung entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.</p>
b)	<p>Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?</p>
	<p>Der Werkausschuss ist im Wirtschaftsjahr 2013 sechs mal zu Beratungen und Beschlüssen zusammengetreten. Die Gemeindevertretung hat zehn Sitzungen abgehalten. Entsprechende Niederschriften wurden erstellt und von uns eingesehen.</p>

c)	In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?	Die im Berichtsjahr als Werkleiter eingesetzten Personen sind in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien tätig. Herr Riecken ist Kraft Amtes als Bürgermeister auch Vorstand des Abwasserzweckverbandes Probstei sowie Aufsichtsratsmitglied der Verkehrsbetriebe des Kreises Plön.
d)	Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?	Bei der Berichtserstattung wurde von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht und Angaben über die Gesamtbezüge der Werkleitung unterlassen.

VORABZUG

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die **Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums** anhand der folgenden Fragenkreise zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen		
a)	Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?	Ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan ist aus den Plänen der Gemeinde abgeleitet. Er entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes. Eine Überprüfung erfolgt in regelmäßigen Abständen. Die nächste Überprüfung erfolgt in 2014, um den Plan an den Wegfall der hauptamtlichen Werkleitung anzupassen.
b)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?	Nein.
c)	Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?	Nein.
d)	Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?	Für den Werkausschuss liegt keine Geschäftsordnung vor. Da die Werkleitung nur aus einer Person besteht, ist ein Geschäftsverteilungsplan nicht erforderlich. Es gilt der Dienst- und Geschäftsverteilungsplan der Gemeinde. Wesentliche Sachverhalte, wie z.B. Erlass und Stundung von Forderungen, sind in der Hauptsatzung für die Gemeinde Laboe geregelt. Die Bearbeitung in der Kasse ist durch die Kassenanordnung normiert. Weitere Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Arbeitshilfen zur Sachbearbeitung liegen nicht vor. Anhaltspunkte für Verstöße haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

e)	Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?	Wir haben uns von der ordnungsgemäßen Dokumentation von Verträgen überzeugt. Teilweise liegen keine Verträge vor, da lediglich mündliche Absprachen getroffen wurden.
----	--	---

<b>Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling</b>		
a)	Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?	Der Eigenbetrieb stellt gemäß § 12 EigVO regelmäßig vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan, bestehend aus Vermögensplan, Erfolgsplan, Finanzplan und einer Stellenübersicht, auf. Zeitliche und sachliche Zusammenhänge der Projekte sind erkennbar. Der Wirtschaftsplan ist sehr tief gegliedert. Er orientiert sich an dem Kontenplan der Finanzbuchhaltung.  Das Planungswesen ist dem Unternehmenszweck und dem Geschäftsumfang angemessen.
b)	Werden Planabweichungen systematisch untersucht?	Planabweichungen werden untersucht, ausgewertet und gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt.
c)	Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?	Unter normalen Umständen und unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße sowie der Fremdvergabe der Lohn- und Gehaltsabrechnung entspricht das Rechnungswesen des Betriebes den Anforderungen des Unternehmens.
d)	Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?	Das Finanzmanagement wird durch die Kasse wahrgenommen und zusätzlich vom Rechnungswesen laufend überwacht.

e)	Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?	Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet und bei der Größe des Betriebes auch nicht erforderlich.
f)	Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?	Die Auftragsabwicklung im Betriebsteil Bauhof erfolgt bisher nicht vollständig IT gestützt, so dass Rechnungen manuell erstellt werden müssen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wird mittelfristig ein Auftragsmanagementsystem eingeführt, für das derzeit die technischen Voraussetzungen geschaffen werden.  Bei den anderen Betriebsteilen haben wir Gegenteiliges im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt. Das Mahnwesen wird für den Eigenbetrieb von der Buchhaltung und vom Amt Probstei betrieben.
g)	Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?	Ein Controlling i.e.S. besteht nicht, jedoch lässt sich der Werkleiter regelmäßig über den aktuellen Stand der Buchhaltung informieren und betreibt eine intensive Abweichungsanalyse.
h)	Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?	Es existieren keine wesentlichen Beteiligungen und Tochterunternehmen.

<b>Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem</b>		
a)	<p>Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?</p>	<p>Die Werkleitung lässt sich regelmäßig Berichte aus dem Rechnungswesen vorlegen. Bei Abweichungen von den Planzahlen können entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Aufgrund der geringen Komplexität des Eigenbetriebes erscheint eine Implementierung eines dokumentierten Systems nicht erforderlich.</p>
b)	<p>Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?</p>	<p>Wir haben uns während unserer Prüfung davon überzeugt, dass Maßnahmen eingeleitet wurden, die zu einer Optimierung und Vereinfachung der Prozesse in der Buchhaltung führen, so dass notwendige Kapazitäten zur Risikofrüherkennung freigesetzt werden. Aufgrund der personellen Umstrukturierung in der Führung des Unternehmens konnten diese Maßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt werden. Darüberhinaus wird der Eigenbetrieb in 2014 durch die Einstellung eines Assistenten der Werkleitung auch personell verstärkt.</p>
c)	<p>Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?</p>	<p>Gegenteiliges haben wir bei unserer Prüfung nicht festgestellt.</p>
d)	<p>Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?</p>	<p>Vgl. 4 a).</p>

<b>Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate</b>		
a)	Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:	Entfällt, da der Eigenbetrieb keine entsprechenden Finanzinstrumente einsetzt.
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?</li> </ul>	
b)	Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?	Entfällt.
c)	Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf	Entfällt.
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfassung der Geschäfte</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewertung der Geschäfte zum Zwecke der Rechnungslegung</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kontrolle der Geschäfte?</li> </ul>	

d)	Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen auf Grund der Risikoentwicklung gezogen?	Entfällt.
e)	Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?	Entfällt.
f)	Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?	Entfällt.

VORABZUG

<b>Fragenkreis 6: Interne Revision</b>		
a)	Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?	Eine interne Revision existiert nicht, sie wird auch in Anbetracht der Größe des Unternehmens nicht für notwendig erachtet.
b)	Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?	Entfällt.
c)	Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?	Entfällt.
d)	Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?	Entfällt.
e)	Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?	Entfällt.
f)	Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?	Entfällt.

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit** anhand der folgenden Fragenkreise zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans		
a)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?	Bei unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist.
b)	Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?	Solche Kreditgewährungen sind nicht erfolgt.
c)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?	Entsprechende Maßnahmen haben wir nicht festgestellt.
d)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?	Wir fanden keine Anhaltspunkte dafür, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung oder Beschlüssen des Werkausschusses bzw. der Gemeindevertretung geführt wurden.

<b>Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen</b>		
a)	<p>Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?</p>	<p>Vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres stellt die Werkleitung des Eigenbetriebes einen Wirtschaftsplan auf, in dem die Investitionen und die Finanzierung der Investitionen dargestellt werden. Dieser Wirtschaftsplan wird von den entsprechenden Gremien diskutiert und genehmigt. Für die folgenden vier Jahre wurde im Rahmen des Wirtschaftsplans ein grober Investitionsplan aufgestellt.</p>
b)	<p>Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?</p>	<p>Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.</p>
c)	<p>Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?</p>	<p>Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend von der Werkleitung überwacht. Dabei auftretende Abweichungen werden untersucht.</p>
d)	<p>Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?</p>	<p>Wesentliche Überschreitungen bei den Investitionen haben sich nicht ergeben.</p>
e)	<p>Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?</p>	<p>Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.</p>

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen		
a)	Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?	Wir haben im Berichtsjahr die Auftragsvergabe zur Attraktivitätssteigerung des Hafenumfeldes und des Rosengartens vollständig überprüft. Dabei haben sich keine Anhaltspunkte für derartige Verstöße ergeben.
b)	Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?	Konkurrenzangebote werden eingeholt und berücksichtigt.

VORABZUG

<b>Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan</b>		
a)	Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?	Die Berichterstattung an den Werkausschuss und an die Gemeindevertretung erfolgt in regelmäßig stattfindenden Ausschusssitzungen.
b)	Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?	Unsere Prüfung hat ergeben, dass die Berichte einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vermitteln.
c)	Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?	Die Gemeindevertretung und der Werkausschuss wurden zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle lagen nach unseren Erkenntnissen nicht vor.
d)	Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?	Eine gesonderte Berichterstattung wurde nicht eingefordert.

e)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?	Derartige Anhaltspunkte haben wir nicht festgestellt.
f)	Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?	Nein.
g)	Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?	Entfällt. Entsprechende Konflikte wurden nicht gemeldet.

VORABZUG

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die **Vermögens- und Finanzlage** anhand der folgenden Fragenkreise zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

<b>Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven</b>	
a)	Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen? Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen in bemerkenswertem Umfang besteht nicht.
b)	Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig? Es ergaben sich keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.
c)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird? Über stille Reserven lagen keine Erkenntnisse vor. Ebenso gab es im Bereich der Schwimmhalle keine Anhaltspunkte für stille Lasten. Es ist nicht auszuschließen, dass in der Position Grund und Boden stille Reserven enthalten sind.

<b>Fragenkreis 12: Finanzierung</b>		
a)	<p>Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?</p>	<p>Zur Kapitalstruktur vgl. Tz. 30 des Prüfungsberichtes.</p> <p>Die bestehenden Investitionsverpflichtungen werden aus Eigen- und Fremdmitteln sowie aus Zuschüssen finanziert. Liquidität wird über Betriebsmittelzuschüsse der Gemeinde Laboe gesichert.</p>
b)	<p>Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?</p>	<p>Es existiert kein Konzern.</p>
c)	<p>In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?</p>	<p>Der Eigenbetrieb erhielt in 2013 Betriebsmittelzuschüsse der Gemeinde Ostseebad Laboe in Höhe von TEUR 620, er vereinbarte in 2013 keine Finanzmittel im Rahmen der Verlustausgleichsverpflichtung.</p> <p>Für den Neubau des SFK-Anlegers hat der Betrieb einen Zuschuss vom LVS Schleswig-Holstein in Höhe von TEUR 14 erhalten.</p> <p>Bei unserer Prüfung haben sich keine Sachverhalte ergeben, dass die Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber nicht beachtet worden sind.</p>

<b>Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung</b>	
a)	<p>Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?</p> <p>Die Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes beträgt unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde rd. 31 % und ist aufgrund der vorhandenen Struktur und der aufgabenbedingten Verlustdeckung durch die Gemeinde als angemessen anzusehen.</p>
b)	<p>Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?</p> <p>Es ist ein Verlust erwirtschaftet worden, der gemäß EigVO von der Gemeinde auszugleichen ist.</p>

VORABZUG

Zur Prüfung nach § 53 HGrG hat der Abschlussprüfer die **Ertragslage** anhand der folgenden Fragenkreise zu untersuchen und in seine Berichterstattung einzubeziehen.

<b>Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit</b>		
a)	Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzern nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?	Siehe Erfolgsübersicht, Anlage 10.
b)	Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?	Nein.
c)	Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?	Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.
d)	Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?	Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen	
a)	<p>Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?</p> <p>Der Verlust ist durch die dem Eigenbetrieb übertragenen Aufgaben verursacht. Die Verluste schwanken saisonbedingt. Durch Optimierungen zentraler Leistungen und der Personalstruktur sowie einer strafferen und effizienteren Organisation soll den Fehlbeträgen entgegengewirkt werden. Weiterhin wurden vom Werkleiter unterschiedliche Szenarien für den defizitären Schwimmhallenbereich erarbeitet.</p> <p>Es wurde ein Bürgerentscheid für den 21. September 2014 angesetzt, welcher den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten soll, über den Weiterbetrieb der Schwimmhalle abzustimmen.</p>
b)	<p>Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?</p> <p>Siehe a).</p>

**Fragenkreis 16:****Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

a)	Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?	<p>Die verlustbringenden Tätigkeiten sind aufgabenbedingt und wegen ihrer Abhängigkeit von der Wetterlage / Konjunktur nur eingeschränkt beeinflussbar. Ursächlich ist weiterhin die nicht kostendeckende Festlegung von Entgelten, Abgaben und Gebühren. Bei der Meerwasserschwimmhalle handelt es sich um ein strukturelles Defizit, da die Schwimmhalle nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht kostendeckend betrieben werden kann.</p> <p>Um dem defizitären Schwimmhallenbereich in Teilen entgegen treten zu können, wurden die Eintrittsgelder ab Februar 2014 um bis zu 25 % erhöht. Daneben wird ein Plan für die nächsten zehn Jahre ausgearbeitet, der die weitere Entwicklung des Betriebsteils Schwimmhalle aufzeigen soll.</p>
b)	Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?	Bisher wurden keine Maßnahmen eingeleitet. Es wurden aber unterschiedliche Szenarien ausgearbeitet, die Lage des Betriebes durch Veränderungen bei der Meerwasserschwimmhalle zu bessern.

**Wirtschaftsplan 2013 Soll-Ist Vergleich**

VORABZUG

Anlage 9

Der Eigenbetrieb hat nach § 12 Abs. 1 EigVO für 2013 einen Wirtschaftsplan aufgestellt. Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung hat die Gemeindevertretung durch Beschluss vom 11. Dezember 2012 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 festgestellt. Der Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2013 wurde am 30. Oktober 2013 festgestellt.

Die **Planzahlen** zeigten im Vergleich zu den Zahlen des Jahresabschlusses 2013 folgendes Bild:

	Erfolgsplan TEUR	Gewinn- und Verlustrechnung TEUR	Abweichung TEUR
1. Umsatzerlöse	1.638	1.464	-174
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	1	1
3. Sonstige betriebliche Erträge	168	245	77
	<b>1.806</b>	<b>1.710</b>	<b>-96</b>
4. Materialaufwand			
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	236	255	19
- bezogene Leistungen	284	108	-176
	520	363	-157
5. Personalaufwand	1.039	1.034	-5
6. Abschreibungen	319	318	-1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	418	508	90
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	1	-11
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	135	102	-33
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<b>-613</b>	<b>-614</b>	<b>1</b>
11. Sonstige Steuern	8	8	-1
12 Jahresverlust	<b>-621</b>	<b>-622</b>	<b>2</b>

Eine Gegenüberstellung der Ansätze des Vermögensplanes 2013 und der Ist-Zahlen laut Jahresabschluss stellt sich wie folgt dar:

	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
<b>Einnahmen</b>			
1. Zuführung zu Rücklagen	2	0	-2
2. Abschreibungen	319	318	-1
3. Kredite	966	1.024	58
4. Sonstige	380	102	-278
	<u>1.667</u>	<u>1.444</u>	<u>-223</u>
<b>Ausgaben</b>			
1. Investitionen für			
Tourismus	65	112	47
Hafen	1.086	304	-782
Schwimmhalle	0	2	2
Bauhof	24	10	-14
	<u>1.175</u>	<u>428</u>	<u>-747</u>
2. Auflösung von Rückstellungen	380	40	-340
3. Auflösung von Zuschüssen	9	0	-9
4. Tilgung von Krediten	103	515	412
5. Sonstige Auszahlungen	0	461	461
	<u>1.667</u>	<u>1.444</u>	<u>-223</u>
	<u><u>0</u></u>	<u><u>0</u></u>	<u><u>0</u></u>

VORABZUG

**Erfolgsübersicht 2013**

Anlage 10

## Erfolgsübersicht 2013

Aufwendungen nach Aufwandsarten I		Betrag	Betriebsteile einschl. Nebenbetriebe			
			Tourismus	Hafen	Schwimm- halle	Bauhof
		EUR	EUR	EUR		EUR
1		2	10a	10b	10c	10d
1	Materialaufwand					
	a) Bezug von Fremden	362.634,23	47.216,86	57.398,36	233.859,43	24.159,58
	Betriebszweigen	207.155,68	192.028,80	9.299,68	5.827,20	
2	Entgelte	811.670,66	147.974,24	70.440,65	289.473,88	303.781,89
	Soziale Abgaben und Abgaben für					
3	Unterstützung	154.619,01	27.322,69	12.426,04	54.028,17	60.842,11
	Aufwendungen für					
4	Altersversorgung	68.176,34	12.337,70	5.208,94	24.603,87	26.025,83
5	Abschreibungen	317.870,17	39.631,90	159.631,11	92.017,55	26.589,61
	Zinsen und ähnliche					
6	Aufwendungen	101.856,60	-2.226,82	74.243,42	26.897,77	2.942,23
	Steuern (soweit nicht in Zeile 19 auszuweisen)	8.134,77	687,32	4.193,85	42,37	3.211,23
	Konzessions- und					
8	Wegeentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Andere betriebliche					
9	Aufwendungen	509.466,67	187.831,91	132.763,82	118.946,54	69.924,40
10	Summe 1 - 9	2.541.584,13	652.804,60	525.605,87	845.696,78	517.476,88
	Umlage der					
11	Zurechnung ( + )					
	Spalten 3 u. 4					
	Abgabe ( - )					
	Leistungsausgleich					
12	Zurechnung ( + )					
	der Aufwandsbereiche					
	Abgabe ( - )					
13	Aufwendungen 1 - 12	2.541.584,13	652.804,60	525.605,87	845.696,78	517.476,88
	Betriebserträge					
14	a) nach der GuV- Rechnung	1.710.264,53	611.594,17	466.657,44	324.783,75	307.229,17
	b) aus Lieferungen an andere Betriebszweige	208.128,00	0,00	0,00	0,00	208.128,00
15	Betriebserträge insgesamt	1.918.392,53	611.594,17	466.657,44	324.783,75	515.357,17
16	Betriebsergebnis (+ = Überschuss - = Fehlbetrag)	-623.191,60	-41.210,43	-58.948,43	-520.913,03	-2.119,71
17	Finanzerträge	1.433,68				
	Außerordentliches					
18	Ergebnis einschl. der Veränderung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil	0,00				
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00				
19						
20	Unternehmensergebnis (+ = Jahresgewinn - = Jahresverlust)	-621.757,92				
	(+ = Jahresgewinn					

**Allgemeine Auftragsbedingungen**

Anlage 11